

Neu-Isenburger Extrablatt

AKTUELL UNABHÄNGIG KRITISCH

Themenzeitung: Kommunalpolitik + Umwelt + Energie + Verkehr + Wirtschaft + Innenstadt + Bildung + Beruf + Demografischer Wandel + Gesundheit + Umwelt

Mai 2026



Jubiläum:
80 Jahre Stadtverordneten
DEMOKRATIE S. 3

Koalition:
Jetzt kommt ein Dreier-Bündnis!
KENIA-KOALITION S. 2



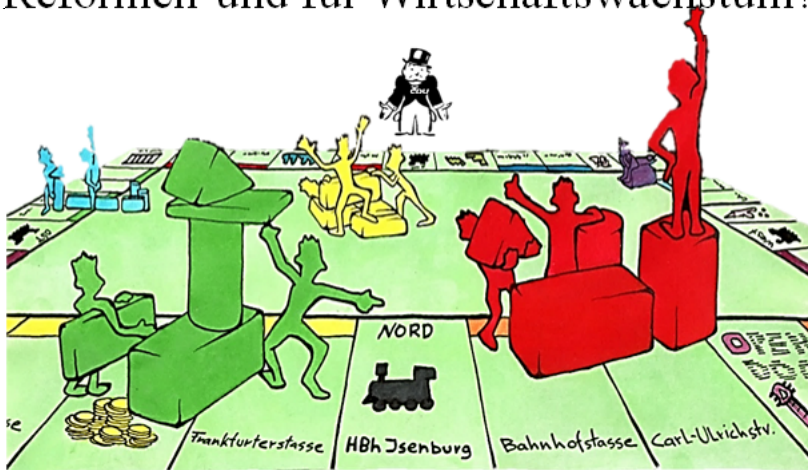
Koalitionsvertrag:
Die 14 Themen im Originaltext zu lesen
CDU, SPD, DIE GRÜNEN S. 6-9

Gastkommentar:
Fortsetzung statt Aufbruch
FLORIAN OBST S. 10



Neu-Isenburg wieder nach vorne bringen:

Hat die zukünftige Koalition den Mut zu Reformen und für Wirtschaftswachstum?



Warum werden Koalitionsgespräche eigentlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt? Haben denn die Bürger der Stadt, nachdem sie zur Kommunalwahl von den Parteien so umworben wurden und ihre Stimmen abgaben, nicht auch das Recht zu erfahren, wer mit wem jetzt verhandelt? Hier zeigt uns die Kommunalpolitik wieder

ihre kalte Schulter und entscheidet über die Köpfe ihrer Wähler hinweg. Selbst die Ysenburger die in ihrem Wahlkampf vom Dialog mit den Bürgern gesprochen haben, lassen diesen zu den Verhandlungen vermissen. Auch die lokale Presse von Neu-Isenburg schweigt! Das Neu-Isenburger Extrablatt informiert aktuell zu den Koalitionsgesprächen und den Stand

der Dinge. Inzwischen liegt der Entwurf des Koalitionsvertrags zwischen CDU, SPD und den Grünen vor. Die Mitglieder der einzelnen Parteien müssen noch zustimmen bevor am 27.05. „weißer Rauch“ zur Stadtverordnetenversammlung aufsteigen wird. Die Illustration des Neu-Isenburger Künstlers Tonsten von Juterzenka lehnt sich bewusst an Monopoly an wo es darum

geht, Machtstrukturen aufzubauen und andere Mitspieler in die Insolvenz – in unserem Fall in die Opposition – zu treiben. Als Vorbild für das mit einem Zylinder ausgestattete Monopoly-Maskottchen, diente der aus Mannheim stammende deutsch-amerikanische Bankier Otto Hermann Kahn. Das hier abgebildete Maskottchen hat allerdings wenig mit einem Bankier zu tun, denn seine Hosentaschen sind beide nach außen gedreht, was bedeutet, die städtischen Kassen sind leer.

Herausforderungen sind gewaltig

Der städtische Haushalt steht in diesem Jahr vor noch nie gekannten Herausforderungen, denn der Wirtschaftsstandort Neu-Isenburg ist aufgrund seiner Wirtschaftspolitik nicht mehr in der Lage die Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle der Stadt weiter wie bisher sprudeln zu lassen. Der Wegzug namhafter Unternehmen in Nachbarstädte, hat zu großen finanziellen Einbußen geführt, und in der „Neuen Welt“ dem zukunftsweisenden Gewerbegebiet der Stadt, siedeln sich bisher keine neuen Unternehmen an.

Alte Zöpfe endlich abschneiden

Zu lange hat die Stadtregierung eine Veränderung ihrer Wirtschaftspolitik ignoriert und ihre Wirtschaftsförderung als „unfehlbar“ angesehen. Doch gerade diese ist in die Jahre gekommen und dringend reformbedürftig. Was kann eine Koalition bewirken?



Neu-Isenburg



Weißer Rauch und „schwarz-rot-grün“

Die Kommunalwahlen fanden bereits vor über zwei Monaten statt und noch immer steigt symbolisch gesprochen, „schwarzer Rauch“ aus dem Saal der Stadtverordnetenversammlung im Rathaus der Stadt. Doch jetzt scheint man bei den Verhandlungen zur Koalitionsbildung eine Lösung gefunden zu haben, sie wird zur nächsten Sitzung der Stadtverordneten am 27. Mai erwartet.

Bereits am 06. Mai sollte tumusgemäß die nächste Stadtverordnetenversammlung stattfinden, doch diese wurde kurzfristig von der Stadt abgesagt, da es weiterhin keine Einigung bei den Koalitionsgesprächen gab. Seit mehreren Wochen wird nun bereits im Rathaus taktiert, aber allen ist klar, eine Koalition aus CDU und SPD rückt erstmals in greifbare Nähe.

Doch CDU und SPD erzielen nur 21 der notwendigen 23 Sitze, um die Mehrheit im Stadtparlament haben zu können. Also braucht es noch einen dritten Koalitionspartner wie die Grünen, der bisherige Koalitionspartner der CDU, mit immerhin noch 7 Sitzen im Stadtparlament. Aber auch mit eigenen Machtansprüchen. Das Ganze nennt sich dann „Kenia-Koalition“, ist gerade in Darmstadt geplatzt.

Die Arbeit des Stadtparlaments muss nun dringend begonnen werden, denn die Herausforderungen sind gewaltig. Welche Reformen werden im zukünftigen Koalitionsvertrag stehen und wie will die Stadt wieder zu Wirtschaftswachstum kommen? CDU und SPD haben auch die Bürgermeisterwahl im Visier, die 2027 stattfindet, wo man in einer Koalition den großen Konflikt befürchtet – beide Parteien stellen die hauptamtlichen Magistratsmitglieder, vielleicht wollen die Grünen auch einen weiteren Hauptamtlichen?

Ihr Neu-Isenburger Extrablatt

Städtischer Haushalt

2025/2026

Die finanzielle Situation der Stadt hat sich dramatisch verschlechtert 2025 schloss die Stadt erstmalig ihren Haushalt mit einem Minus von über 29 Mio. Euro ab, der nur durch Rücklagen ausgeglichen werden konnte. Eine mehrmalige Anhebung der Gewerbesteuerbesatzes war die Folge sowie viele Diskussion um den Haushalt, seine Einsparpotenziale sowie die Suche nach den geeigneten Konsolidierungsmaßnahmen.

Sogar der Hessische Rechnungshof wurde schon bemüht und präsentierte der Stadt umfangreiche Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts. Trotz allem wurden 2025 nur noch ca. 88,7 Mio. Euro an Gewerbesteuer eingenommen, das waren ca. 20% weniger, trotz der Anhebungen der Gewerbesteuer in 2024 und 2025, sie ist die wichtigste Einnahmequelle der Stadt.

„Gleichwohl muss aufgrund des hohen geplanten Defizits von über 29 Mio. Euro weiterhin jede Ausgabe kritisch auf den Prüfstand gestellt und gespart werden – wo irgend es geht“, sagte Stefan Schmitt.

„Wir freuen uns über die angekündigten 9,19 Mio. Euro aus dem Sondervermögen des Bundes, wenngleich die Verteilungskriterien für die Stadt Neu-Isenburg einmal mehr negativ sind und wir somit zum Teil deutlich weniger Mittel erhalten als umliegende Kommunen mit ähnlicher Einwohnerzahl“, betonte der Kämmerer. Er hat in seiner Zeit als Kämmerer noch nie mit solchen finanziellen Herausforderungen zu kämpfen gehabt. Und die Kostenspirale dreht sich gerade weiter, städtische Beamten erhalten 3% ab 01.07. und zum 01.10.2027 nochmals 2,8%.



Wirtschaftskennzahlen 2025

Standort weiterhin attraktiv?

Zumindest die Stadt Neu-Isenburg beurteilt die wirtschaftliche Entwicklung positiv und verweist in ihrem Bericht vom 06.05. über das Jahr 2025 nur auf positive Kennzahlen. Fast 7.000 Betriebe gehören inzwischen zur Unternehmenslandschaft, wovon rund 65% Dienstleistungsbetriebe sind. Die Gewerbeabmeldungen haben sich gegenüber dem Vorjahr zwar erhöht, es gab aber auch einige Anmeldungen, die zwar für 2025 angekündigt wurden, aber noch nicht alle 2026 vollzogen sind.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat mit 34.058 (30.06.2025) um 2,5 % leicht abgenommen. Neu-Isenburg bleibt aber ein attraktiver Arbeitsplatz, 2025 pendelten täglich 30.428 Menschen ein, während 13.490 Personen auspendelten.

Bei den Gewerbesteuererträgen im letzten Jahr, berichtet die Stadt von rund 135,3 Mio. Euro. Das wäre ja eine Zunahme von ca. 20 Mio. Euro, im Vergleich zu 2024! Die Redaktion vom Neu-Isenburger Extrablatt fragte nach, beim Finanzdezernat der Stadt und erfuhr, dass die angegebene Zahl von 135,3 Mio. Euro, die Gesamteinnahmen der Stadt für 2025 ausweisen. Die Gewerbesteuer in Höhe von ca. 88,7 Mio. ist Euro darin enthalten. Nur ein Kommunikationsfehler oder doch mehr? Die angegebene Zahl soll belegen, dass Neu-Isenburg auch weiterhin ein wirtschaftsstarker Standort ist, an dem sich Unternehmen wohl fühlen und der sich positiv weiterentwickelt. Ist das die ganze Wahrheit?

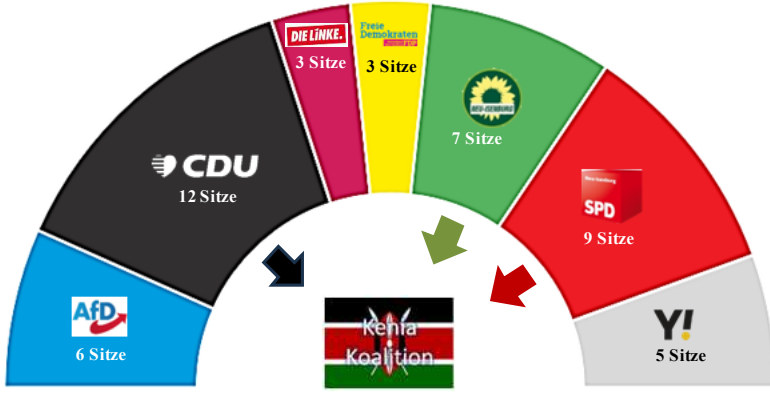


Der Foto- und Videomann:
Alexander Jungmann fotografiert seit Jahren für das Extrablatt. In dieser Ausgabe auf den Seiten: 2, 10, 11 und 12

Hugenottenrathaus:
Im September vor 150 Jahren wurde das Alte Rathaus im Alten Ort abgerissen. Im September wird es als Fassade wieder aufgebaut S. 12

Neues von Westend:
Der Westend Verlag mit Sitz in Neu-Isenburg stellt das neue Buch „Kampfzonen“ einer Ärztin vor, Feuilletonseite 12

Salus BKK:
Der im letzten Jahr geschlossene Kooperationsvertrag mit „BIG direkt“ wird nicht umgesetzt: die Gründe sind hier zu lesen: S. 11



Kommunalwahl 2026

Eine schwarz-rot-grüne-Koalition soll jetzt Neu-Isenburg aus der Finanzkrise führen!

Koalition bedeutet Bündnis oder Vereinigung. Eine Koalition ist notwendig, wenn eine Fraktion allein nicht über eine absolute Mehrheit von 51% verfügt. Ohne eine Koalition würde es in diesen Fällen keine stabile Regierung geben. Die Grafik oben zeigt, 45 Sitze hat das Stadtparlament, 23 Sitze benötigt man, um Mehrheiten bilden zu können.

Die bisherige Koalition aus CDU, Grünen und FWG (FWG jetzt nicht mehr vertreten) hat nur noch 19 Sitze bekommen, die AfD konnte die Zahl ihrer Sitze verdoppeln, die CDU muss 3 Sitze abgeben. Die Linke erhält einen Sitz mehr, die FDP einen Sitz weniger. Die Grünen verlieren kräftig und sind nur noch mit 7 Sitzen vertreten. Die SPD als Partei des Bürgermeisters, erhält einen Sitz mehr. Neu-

im Stadtparlament ist die Wählergruppe YSENBURGER mit 5 Sitzen. Gegründet von den früheren CDU-Fraktionsmitgliedern Kati Conrad und Oliver Hatzfeld, hat sich die Wählergruppe in den letzten Monaten, auch Dank ihrer Mitglieder wie z. B. Philip Kümmerle, einen Namen in der ansonsten eher „unbekanntem“ politischen Landschaft machen können.

Ein Wettbewerbsvorteil – denn Kommunalwahlen sind auch Personalauswahl. Die neue Gruppe konnte sich auch vorstellen, in eine Koalition einzutreten: „Was wir aber nicht wollen, ist, als unwichtiger Partner am Tisch zu sitzen“, sagt Kati Conrad. Nachdem der Wahlerfolg mit 12,05% etwas abgeklungen ist, stellt man sich jetzt natürlich die Frage: kommen die „Neuen“ nun auch zum mitregieren? Das wünschen sich doch ihre Wähler.

Sondierungsgespräche

Vor den Koalitionsverhandlungen gibt es zunächst einmal sogenannte Sondierungsgespräche. Hier loten potenzielle Koalitionspartner aus, ob bei zum Teil gegensätzlichen Positionen und strittigen Themen, weiterführende Verhandlungen überhaupt sinnvoll erscheinen. Im oben genannten Fall der neuen Wählergruppe mit gleich 5 Sitzen – ist das emotional kaum vorstellbar, da die Vorgeschichte nicht passt.

Gegründet von zwei ehemaligen CDU-Fraktionsmitgliedern, sind Sondierungsgespräche mit der CDU als immer noch stärkste Fraktion, bisher nicht bekannt. War also alles aus der Sicht der „Neuen“ alles umsonst? Die CDU ist mit der SPD als auch wieder mit den Grünen bereits in konkreten Koalitionsverhandlungen.

CDU und SPD in einer Koalition...

Das hat es allerdings in Neu-Isenburg noch nie gegeben! Bis 1978 war die SPD die dominierende Partei, bis sie dann von der CDU abgelöst wurde. Jetzt also scheint die SPD als Partei des Bürgermeisters, in einer neu zu bildenden Koalition als Koalitionspartner benötigt zu werden – haben wir doch in der Bundesregierung in Hessen sowie im Kreis Offenbach bereits Bündnisse beider Volksparteien. Doch für das Neu-Isenburger Stadtparlament reicht das für die Mehrheit von 23 Sitzen noch nicht aus – da fehlen noch zwei Sitze.

...zusammen mit den Grünen!

So könnte es nach dem jetzigen Stand der Koalitionsverhandlungen aussehen und sie würde dann „Kenia-Koalition“ genannt werden, da die Farben der Parteien der kenianischen Flagge entsprechen. Bekannt in der Stadt Neu-Isenburg ist eine harmonische Nähe die zwischen CDU und den Grünen. War doch ein führendes Fraktionsmitglied vormals auch bereits in der CDU mit führend tätig, ist dann allerdings im April 2020 zu den Grünen gewechselt und wurde 2022 auch als dritter hauptamtlicher Stadtrat aufgestellt. Ein Bürgerentscheid damals von der SPD initiiert, verhinderte allerdings diese damals im Stadtparlament beschlossene Personalmaßnahme.

Bisher führten Grüne Sondierungsgespräche mit den verschiedenen Parteien, mit denen eine Zusammenarbeit grundsätzlich vorstellbar ist. Es ging darum auszuloten, ob es gemeinsame inhaltliche Grundlagen für eine mögliche Koalition gibt. Der Verlauf dieser Gespräche brachte im nächsten Schritt konkrete Koalitionsverhandlungen. Jetzt war man ganz offensichtlich zur Koalitionsbildung bereit: der Koalitionsvertrag liegt vor.

Minderheitenregierung war ausgeschlossen

Eine Koalition muss aber nicht immer eine Mehrheit bilden. Auch eine Minderheitsregierung war möglich. Von einer sogenannten Minderheitsregierung spricht man, wenn die Regierung tragenden Fraktionen nicht die Mehrheit der Mandate im Stadtparlament haben. Da aber für Entscheidungen immer eine Mehrheit der Stimmen erforderlich ist, müsste sich die CDU und SPD für die Durchsetzung ihrer Vorhaben dann auf die Stimmen der Opposition stützen. Kein Wunder also, wenn alles jetzt auf eine Kenia-Koalition raus läuft, eine für Neu-Isenburg noch nie da gewesenes Bündnis.

Die Opposition

Auf der Oppositionsbank nehmen wie bisher die AfD, die Linke, die FDP und neu: Die YSENBURGER platz. Vor allem die AfD hat darauf gedrängt, dass die Arbeit des Stadtparlaments nun dringend begonnen werden muss und die gewählten Mandatsträger sich nun zum Wohl von Neu-Isenburg zusammenraufen sollten. Die AfD will durch gezielte Anfragen und durch eigene Anträge mehr wahrgenommen werden.

Die LINKE wünscht sich eine Koalition für mehr bezahlbare Wohnungen und einen sozial-ökologischen Umbau. Die FDP will als Oppositionspartei in der neuen Legislaturperiode neue Impulse setzen und Themen nicht weitehin auf die lange Bank zu schieben.

DIE YSENBURGER erwarten vom neuen Bündnis dass es sich auf die wichtigsten Ziele verständigt – und auch auf einen Weg, wie sie konkret erreicht werden sollen. Mit 12,01% haben die „Newcomer“ überrascht und leider jetzt doch nur in der Opposition.

Sieht so die „Kenia-Fraktion“ aus?

Am 27. Mai trifft erstmals das neue Stadtparlament zusammen, wo die neue Koalition aus CDU, SPD und Grün, auf die Opposition treffen wird. Wir zeigen unseren Lesern die 28 Personen, die in der 20. Legislaturperiode erstmals eine sogenannte Kenia-Koalition bilden sollen. Bei Abstimmungen werden somit die drei Fraktionen an einem Strang ziehen und sorgen so gemeinsam für eine bequeme Parlamentsmehrheit.

Entwurf Koalitionsvertrag

Die Namen der acht Unterzeichner sind bereits auf der letzten Seite des Vertrags vermerkt, es fehlen nur noch die Unterschriften. Bevor dies geschehen kann müssen noch die Mitglieder der Parteien ihre Zustimmung zum Koalitionsvertrag geben bzw. Änderungen einbringen. Das sollte bereits erledigt bzw. kurz vor dem Abschluss stehen. Mit großen Änderungen ist eher nicht mehr zu rechnen. Ob es bereits ein gemeinsames Einschwören auf schwierige fünf Jahre gab, ist bisher nicht bekannt.

Was zum Entwurf des Koalitionsvertrags sagen lässt, ist Bestandteil einer genaueren Analyse, die von der Redaktion vom Neu-Isenburger Extrablatt durchgeführt wurde. Dabei wurden die Koalitionsverträge der Jahre 2021 und 2016 aus dem Archiv geholt, und miteinander verglichen. Dabei viel auf, dass in der Vergangenheit viele Absichtserklärungen gemacht

 CDU 12 Sitze							
 GRÜN 7 Sitze							

Gewählte Stadtverordnete können auch noch in den Magistrat berufen werden, dann rückt die folgende Person auf der Parteienliste nach.

wurden, wenig aber davon umgesetzt. Im Entwurf des jetzigen Koalitionsvertrag ist wenig konkretes zu finden, nur die deutliche Anmerkung, dass aufgrund der bekannten, schwierigen

Haushaltslage für sämtliche Vorhaben, Projekte und neue Maßnahmen ein Finanzierungsvorbehalt gilt. Eine Tourismusabgabe soll eingeführt werden, auf die Einführung einer Straßenbei-

tragssatzung wird verzichtet. Priorität erhält die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Neu-Isenburg, der im Mittelpunkt des Handel stehen soll und die Grundlage für Investitionen so

wie für die weitere Weiterentwicklung von Neu-Isenburg ist. Ob die Kenia-Koalition allerdings auch Wirtschaftskompetenz besitzt, wird sich demnächst bei den Einnahmen zeigen.

80 Jahre Stadtpolitik in den Farben der Zeit

Die Ausstellung zum 80-jährigen Jubiläum der Stadtverordnetenversammlung als Ort der kommunalen Demagogiegeschichte, ist im Foyer des Rathauses in der Hugentottallee 53 zu sehen. Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen richtungsweisende Gemeindewahlen: 1946, 1977 und 1981. Sie markieren zentrale Stationen des politischen Wandels – von den ersten demokratischen Wahlen nach Kriegsende über den Machtwechsel von der SPD zur CDU in den 1970er Jahren, bis hin zum Aufstieg neuer politischer Kräfte wie der Grünen in den 1980er Jahren.

Die Stadtverordnetenversammlung: Politik zwischen Tradition, Bewegung, Ideologie und abnehmender Bürgeridentifikation.

Von Klaus Reinhardt

Das Neu-Isenburger Extrablatt nimmt das 80-jährige Jubiläum zur Stadtverordnetenversammlung zum Anlass, um auch einen Blick die politischen Farben zu werfen, und welchen Einfluss sie auf das Wahlverhalten der Neu-Isenburger haben, die in diesen 80 Jahren mehr und mehr ihre Identifikation mit ihrer Stadt verloren. Das ist festzumachen an den Wahlbeteiligungen der letzten 80 Jahre zu den Kommunalwahlen, sie sind ein Spiegelbild unserer Kommunalpolitik.

Die SPD blieb in Neu-Isenburg dennoch lange Zeit dominierend. In den 1970er Jahren verlor sie jedoch zunehmend an Zustimmung an die CDU. Dies war kein rein lokales Phänomen. Die Kommunalwahlen in den 1970er Jahren ließen erkennen, dass die Vorherrschaft der SPD in Hessen zu bröckeln begann. So erlitt die SPD hessenweit deutliche Verluste zugunsten der CDU. Die Gründe waren vielschichtig. Die hessische Gebietsreform

1981 kam Grün und Umweltschutz Mit den Kommunalwahlen von 1981 begann in Hessen die politische Beteiligung der Grünen und anderer Bürgerinitiativen mit umweltpolitischen Schwerpunkten. Der Protest gegen den geplanten Ausbau der Startbahn West – der mit dem wegweisenden Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichts vom Oktober 1980 endgültig entschieden wurde – verließ der Umwelt-

Ein Novum war es, als der neue Plenarsaal im Jahre 1981 besetzt wurde: Gegner der Startbahn West forderten von den Fraktionen Stellungnahmen zum Flughafenausbau und Räumung des sogenannten „Hüttendorfes“ in Mörfelden durch die Polizei, nur zwei Tage zuvor, am 2. November. Dass die Umweltbewegung auf einem ihrer Höhepunkte angelangt war, machte sich auch im Parlament bemerkbar: Mit den Kommunalwahlen im Früh-

CHRONIK

02.09.1945: US-Militärregierung gestattet Bevölkerung die Bildung von demokratischen politischen Parteien.
27.01.1946: erste demokratische Wahlen. Wahlbeteiligung lag bei 77,03 %.

1948-1956 Wahlen alle vier Jahre gestattet. 15% Hürde aufgehoben. Neue Parteien: LDP, KPD und 1952: Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE). 1956: Verbot der KPD.

1960-1968 „Isenburg baut für Isenburger“ lautet die Devise. Die Erfolge des SPD-geführten Rathauses spiegeln sich Wahlergebnissen wider.

1968-1972 Die NPD zieht ins Stadtparlament ein, ebenso die Wahlmaschine zur Stimmabgabe. Der Sitzungssaal im Alten Stadthaus wurde durch den Rathausneubau mit Plenarsaal für Stadtverordneten und einer Besuchertribüne abgelöst.

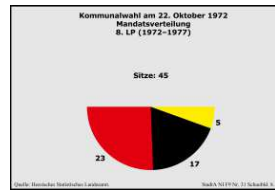
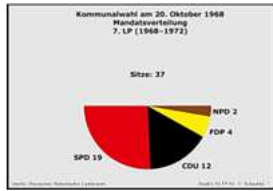
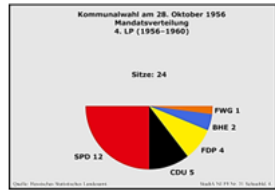
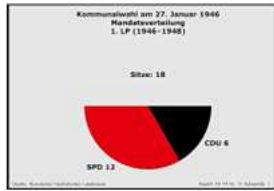
1972-1981 SPD-Vorherrschaft bröckelt. Die Gebietsreform (Ministerpräsident Osswald SPD) stieß in Südhessen als Zwangsfusion auf massiven Widerstand. CDU nutzt Unzufriedenheit, positioniert sich als Verteidigerin kommunaler Eigenständigkeit. 1977 übernimmt CDU die Macht.

1981-1985 22. März 1981 beginnt die politische Beteiligung der Grünen. Der Protest gegen den Ausbau der Startbahn West, bringt den Grünen mit 7% ein überdurchschnittliches Ergebnis. Der Protest geht in den Plenarsaal.

1985-1993 Stimmenverlust der CDU. FDP und Grüne legen zu. Wahlbeteiligung liegt bei 69,4%. 1989 zieht mit FWG neue Wählergruppe ins Stadtparlament. Hilde Nietzsche und Karl Vey, verlassen SPD und gehen zur FWG

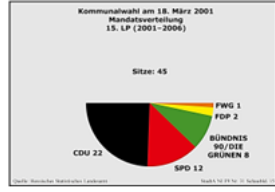
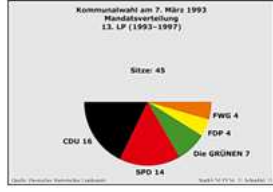
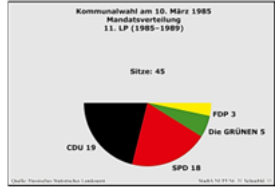
1995-2011 Die erste Direktwahl eines Bürgermeisters gewinnt die CDU mit Oliver Quilling, 6 Jahre später die Wiederwahl mit 79% ein eindeutiges Votum für den Neu-Isenburger CDU-Politiker.

2010-2026 Parteilose Bürgermeister Hunkel wird 2010 und 2015 gewählt von der CDU unterstützt. 2021 wird Hagelstein Bürgermeister, die Wahlbeteiligung: 34%. 2026 Parteienlandschaft wird bunter, Wahlbeteiligungen bleibt weiterhin farblos.

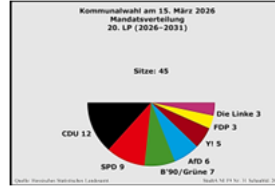
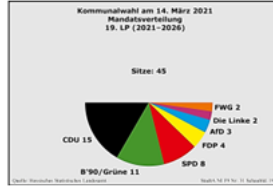
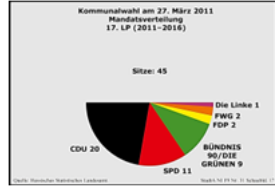


Gemeindewahlen 1946

Die ersten demokratischen politischen Wahlen nach Kriegsende in Hessen, fanden in Neu-Isenburg am 27. Januar statt. Die US-Militärregierung hatte der Wahl noch einige Hürden auferlegt. So konnten Personen weder wählen noch gewählt werden, die sich im Nationalsozialismus durch Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer sonstigen NS-Organisation oder andere Weise besonders hervorgetan hatten.



Außerdem sollte die 15-Prozent-Sperre einer parlamentarischen Zersplitterung entgegenwirken, um stabile demokratische Verhältnisse in den Gemeindevertretungen zu gewährleisten. In Neu-Isenburg führte die Sperre dazu, dass von den vier angetretenen Parteien nur SPD und CDU in die Gemeindevertretung einzogen.



Die erste Gemeindevertretung trat zum ersten Mal am 7. Februar 1946 zusammen. Prägende Figuren dieser Zeit waren u. a. (in alphabetischer Reihenfolge): Wilhelm Bremser, Karl Demmer, Robert Gressmann und Georg Koser. Ein besonderes Anliegen des Stadtarchivs war es, die Biografien der ersten gewählten Gemeindevertreter zu beleuchten.

von 1969 - 1979 reduzierte die Zahl der Gemeinden erheblich und führte zunehmend zu Zwangszusammenschlüssen. Das stieß besonders in Südhessen auf heftigen Widerstand, da viele Bürger lokale Identitäten und die kommunale Selbstverwaltung bedroht sahen. Auch große Infrastrukturprojekte der SPD verstärkten die Kritik, da sie mit Eingriffen in bestehende Lebensräume verbunden waren.

schutzbewegung starken Auftrieb und förderte ihre politische Teilhabe. Dies wirkte sich in den vom Flughafenausbau betroffenen Gebieten aus: In Mörfelden-Walldorf erreichte die grüne Bürgerliste aus dem Stand 25,7 % der Stimmen. In Neu-Isenburg erzielten die Grünen 7,1 % ein überdurchschnittliches Wahlergebnis.

jahr 1981 zogen die Grünen in die Stadtverordnetenversammlung ein. Eine Galerie der Stadtverordnetenvorsteher von den Anfängen bis in die Gegenwart sowie Schaubilder mit den Wahlergebnissen, Wahlbeteiligungen und Sitzverteilungen im Stadtparlament von 1946 bis heute, runden die Ausstellung ab.

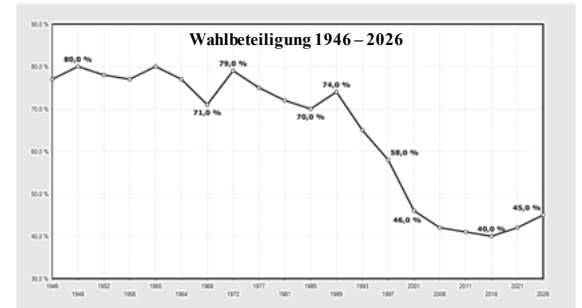
1977 kam die CDU an die Macht

Die CDU nutzte diese Unzufriedenheit erfolgreich, unterstützte Proteste und gewann bei den Kommunalwahlen 1977 deutlich hinzu – auch in Neu-Isenburg. Die Neu-Isenburger SPD setzte im Wahlkampf 1977 auf ihre bisherigen Erfolge, etwa die kurz zuvor eröffnete Hugentottallee, unterlag jedoch der CDU.

Neben dem Umweltschutz erwies sich auch der Datenschutz als Katalysator für den frühen Erfolg der Grünen. Die hessische SPD-Politik trieb eine umstrittene zentrale Speicherung von Personendaten voran, die vielfach als massiver Eingriff in die Privatsphäre wahrgenommen wurde. Die Grünen, die sich als Bürgerrechtsbewegung positionierten, nutzten auch dieses Politikfeld erfolgreich, um insbesondere in Südhessen Protestwähler zu mobilisieren und erste starke Ergebnisse zu erzielen – ein Vorläufer ihres späteren bundesweiten Aufstiegs.

Doch leider fehlt der Ausstellung der kritische Blick auf das Wahlverhalten der Bürger in diesen 80 Jahren, die immer mehr das Interesse an Kommunalwahlen verloren haben.

Von der Stadt der Wähler zur Stadt der Nicht-Wähler



Folgende Wahlperioden

Weitere Parteien zogen in die Gemeindevertretung Neu-Isenburgs ein: Die Liberaldemokratische Partei (FDP), die Kommunistische Partei (KPD), seit 1956 verboten), der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) und 1968 die rechts extreme NPD.

Die CDU konnte mit ihrer grundsätzlichen Kritik an kostspieligen „sozialistischen Experimenten“ mit ungewissem Ausgang – insbesondere in der Verkehrsplanung, der Stadtentwicklung sowie im sozialen Bereich wie bei der Kinder- und Jugendarbeit – punkten. Sie löste die SPD ab, die seit 1946 an der Macht war und bis heute nicht mehr zurückkehren konnte.

Ein weiterer Aspekt der Ausstellung beleuchtet den Ort, an dem das höchste beschlussfassende Organ der Stadt Neu-Isenburg zusammenkommt, den Plenarsaal. Bis zum Neubau des Rathauses in der Hugentottallee 1957, befand sich der Sitzungssaal im Alten Stadthaus Frankfurter Straße 53-55.

Endlich Verantwortung übernehmen:

Warum die Kommunalpolitik in unserer Stadt dringend einen „RESET“ braucht!



man doch nicht einfach wieder in der Versenkung verschwinden. Sind unsere gewählten Volksvertreter, (keine Berufspolitiker) mit ihren Aufgaben überfordert, und treffen sie oft nur Entscheidungen, um zu entscheiden? Das wäre ein düsteres Bild zur Lage der Kommunalpolitik in unserer Stadt.

Keine Aufarbeitung des Nicht-Wählerverhaltens

Während in der Bundes- und Landespolitik sogenannte Untersuchungsausschüsse eingesetzt werden, um mögliche Missstände oder Fehlverhalten der Politiker zu prüfen, werden die Gründe für ein „Nicht-Wählen“ der Bürger seit über 20 Jahren ignoriert, und schon gar nicht erst angefasst. Es wird schlichtweg ignoriert dass über die Hälfte der wahlberechtigten Neu-Isenburger nicht wählen gehen – und das seit mehreren Kommunalwahlen: aktuell waren das 15.186 Bürger.

Bürger brauchen Parteien

Ohne Parteien könnten die Bürger politisch überhaupt nicht agieren. Erst in den Parteien wird eine pluralistische Gesellschaft politisch handlungsfähig. Nur durch Parteien können die Wähler ihren politischen Willen in die Wirklichkeit umsetzen. Parteien sind die Instrumente, mit denen das Volk politische Führungspositionen besetzt. Dazu präsentieren sie sich der Wählerschaft als Kandidaten für die politischen Ämter und machen Vorschläge zur Lösung anstehender politischer Probleme, oder formulieren ihre spezifischen Forderungen.

Parteien dienen als Mittler zwischen Volk und Regierenden

Die Wählerschaft als solche reagiert auf diese Vorschläge, Kandidaten und Forderungen mit Zustimmung oder Stimmverweigerung. Die Parteien tragen den Wahlkampf und bestimmen die Kandidaten. Parteien sind demnach die Mittler zwischen dem Volk und den Regierenden. Ohne sie könnte das sich politisch organisierende Volk nicht auf die Politik den Einfluss aus-

üben, der ihm in einer Demokratie durch Mitbestimmung und Kontrolle zusteht. Man kann mit gutem Recht sagen, die politischen Parteien seien das Sprachrohr des Volkes. Sie sollen die im Volk vorhandenen politischen Anschauungen und Zielvorstellungen, Sorgen, Wünsche, Nöte aufnehmen und in staatlichen Willen umsetzen.

Auch in Neu-Isenburg Sprachrohr des Volkes?

So zutreffend freilich das Bild von den Parteien als Sprachrohren des Volkes auch ist, so reicht es doch nicht aus, um am Beispiel von Neu-Isenburg erklären zu können, warum die Kommunalpolitik in unserer Stadt so unbedeutend agiert und nicht dem ganzen Umfang des Auftrags der Parteien in einer demokratischen Stadt gerecht werden kann. Damit ist ein Dilemma angesprochen, das den Parteienstaat heute zu kennzeichnen scheint. Das programmatische Profil aller Parteien,

insbesondere aber der Großparteien die nicht nur spezielle Gruppen der Wählerschaft anzusprechen versuchen, wird immer blasser. Wahlkämpfe werden immer informationsloser. Vielfach unterscheiden sich Parteien nur in Akzenten untereinander, so dass die hergestellten Führungspersönlichkeiten oder Regierungsmannschaften für die Wähler zum eigentlichen Unterscheidungsmerkmal werden.

Setzt dieses Bild doch gleichsam voraus, dass der Wille des Volkes oder besser die verschiedenen Willensrichtungen des Volkes schon artikuliert vorhanden wären, als ob sie nur in die Sprachrohre hineingesprochen werden müssten. Dann hätten die Parteien nur die Vermittlungsaufgabe von unten nach oben zu leisten. Das ist aber gerade nicht der Fall. Die Mitwirkung der Parteien bei der politischen Willensbildung ist durchaus auch von der anderen Seite her zu sehen. Und für Neu-Isenburg elementar wichtig.

RESET: Ausschalten-Einschalten-Geht?



In der deutschen Sprache ist der „Reset“ in der Informationstechnik auch als „AEG-Prinzip“ bekannt, Abkürzung „Ausschalten-Einschalten-Geht“, Grundsatz zur Behebung von Hardwarefehlern. Jedes elektronische System, das einen definierten Anfangszustand benötigt, führt störungsunabhängig beim Einschalten einen Reset aus. Durch eine Watchdog-Schaltung überwachte Systeme werden bei Fehlfunktion automatisch zurückgesetzt.

Doch leider funktioniert das in der Kommunalpolitik nicht so einfach. Bereits in den frühen 1980er Jahren, bestätigten die Beobachtung Richard von Weizsäcker dass die Parteien sich den „Staat zur Beute gemacht haben“. Sie seien machtwortessend und machtwortessend zugleich und haben ihren Einfluss weit über das Maß hinaus ausgedehnt, das der Artikel 21 GG ihnen einräumt.

Vor allem große Parteien befinden sich hier in einem strukturellen Dilemma: Je mehr und je länger ihre Abgeordnete die Regierung stellen, umso mehr wird es ihnen ein Anliegen sein, die Entscheidungen der Regierenden

ihren Bürgern zu verdeutlichen und weniger den Willen des Volkes zu berücksichtigen. Politik ist heute weniger eine Frage der Diskussion von Zielen als der Durchsetzung von Interessen, ohne große Diskussion. Es ist kein Zweifel, dass dies eine innere Verarmung des politischen Lebens in den Parteien bedeutet. Darum ist es dringend erforderlich, dass die Parteien und ihre Mitglieder mit den Einwohnern dieser Stadt den ständigen Dialog suchen; und nicht nur zu Altstadtfest, Weinfest oder Vereinsfesten. „Reset“ bedeutet: zu den 4-Aufgaben zurück zukehren und diese ernst zu nehmen. Dann klappt es auch wieder mit der Wahlbeteiligung in Neu-Isenburg.

desverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung die zentrale Rolle der Parteien als integrierenden Bestandteil der demokratischen Ordnung bestätigt. Folgende vier Aufgaben mit gesetzlicher Grundlage lassen sich demnach feststellen:

1. Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit;
2. Parteien dienen als Mittler zwischen Staat und Volk;
3. Parteien beeinflussen die Regierungsbildung;
4. Parteien bringen politische Zielvorstellungen ein.

Doch kaum sind die Kommunalwahlen vorbei – die Werbelplakate abgeräumt, ist jede Partei wieder nur mit sich selbst beschäftigt, anstatt sich um ihre vier Aufgaben (s.o.) zu kümmern. Wo ist der Dialog mit dem Bürger, wo das Gespräch? Als Mitglied einer Partei bzw. als Kommunalpolitiker kann



Unsere Stadt hat wohl schon bessere kommunalpolitische Zeiten erlebt – sind Wahlbeteiligungen doch ein deutliches Zeichen dafür, ob Bürger sich für ihre Stadt und die Kommunalpolitik sowie deren Kommunalpolitiker interessieren – sie sind es doch, die im Stadtparlament über die Zukunft von Neu-Isenburg entscheiden sollen. Zum Auftrag der Parteien befindet sich im Grundgesetz der Artikel 21: „Die Parteien wirken an der politischen Willensbildung des Volkes mit.“

Parteien machen Wählern Angebote

Doch wenn zum Beispiel diese bei Kommunalwahlen nicht angenommen werden, bzw. nicht ausreichen, um Bürger zum Wählen zu bringen, dann stimmt was nicht in der demokratischen Grundordnung, denn Die Parteien sollen die politische Beteiligung der Bürger gewährleisten und die Verbindung zwischen dem Bürger und den Staatsorganen herstellen. Sie sind Instrumente, durch die der Bürgerwille auch zwischen den Wahlen verwirklicht werden kann: als "Sprachrohr des Volkes". Doch haben unsere Leser auch diesen Eindruck?

Zurück zur letzten Kommunalwahl; unsere Kommunalpolitiker können sich doch nicht so einfach aus der Verantwortung entziehen, wenn es um die permanent schlechte Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen geht. Das Bun-

Im Magistrat sind nur Politiker erwünscht – warum aber keine Experten?

Herrschaft der Politiker

Magistrat setzt die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung um und führt die laufenden Geschäfte. Dem Magistrat untersteht die Stadtverwaltung mit all ihren Ämtern. Die hauptamtlichen Mitglieder, (Bürgermeister und 1. Stadtrat) sind für sechs Jahre gewählt, ehrenamtliche Mitglieder für fünf Jahre und werden jetzt nach der Kommunalwahl, vom Bürgermeister neu bestimmt. Das Wahlergebnis wird dabei berücksichtigt.

Magistratsbesetzung 2022

Bei seinem Amtsantritt 2022 betonte Bürgermeister Hagebstein, dass zentrale Zukunftsaufgaben der Stadt weiterhin Chefsache bleiben sollten, um in den Umsetzungen hier endlich weiterzukommen. Der Bürgermeister führte aus: Der Stadtbau ist eine der größten Aufgaben in kommenden Jahren.



Dass für „unser Gemeinwesen“ eine prosperierende Wirtschaft unabdingbar ist, um die notwendigen Mittel zur Finanzierung der vielfältigen städtischen Angebote zu erwirtschaften. An der Stelle teilte der Bürgermeister mit, dass er die Verantwortlichkeiten innerhalb des Magistrats breiter verteilen werde. Fünf Stadträte wurden als ehrenamtliche Dezernenten mit Zuständigkeiten beauftragt. Unter anderem auch für den Radverkehr, das Ehrenamt, Sport und Barrierefreiheit. Doch für Wirtschaft und Unternehmen nicht

Magistratsbesetzung 2026

Die Parteien wissen nun aufgrund des Wahlergebnisses zur Kommunalwahl ob ihnen Plätze im Magistrat zustehen. Zu den bisher zehn Ehrenamtlichen sollen noch zwei weitere Parteipolitiker ehrenamtlich benannt werden, „um die Verantwortlichkeiten breiter verteilen zu können“, so begründete bereits 2022 der Bürgermeister seine damalige Entscheidung zur Magistratsverweiterung. Doch was hat es gebracht? Neu-Isenburg ist in einer wirtschaftlichen Krise durch den massiven Verlust an Gewerbesteuerereinnahmen. Im Koalitionsvertrag 2026 sind die Handlungsfelder für die nächsten fünf Jahre benannt. Die Aufrechterhaltung und Sicherung der Stadt Neu-Isenburg als attraktiver Wirtschaftsstandort hat zwar hohe Bedeutung wird sich jedoch im Magistrat nicht widerspiegeln kön-

nen, denn ein Dezernent mit der Zuständigkeit für „Wirtschaft und Unternehmen“, gibt das parteipolitische Personal der Koalitionäre nicht her. Denn vor allem die Zugehörigkeit des Politikers zur regierenden Partei, entscheidet über die ehrenamtliche Stellenbesetzung und weniger die Qualifikation.

Schicksalsjahre einer Stadt

Neu-Isenburg will in der nächsten Legislaturperiode bis 2031 (und im nächsten Jahr noch eine Bürgermeisterwahl vor sich hat, die Stadt modern, sozial, nachhaltig, klimafreundlich lebenswert gestalten – aber wer soll das womit bezahlen und managen?



Magistrat ist Stadtregierung

Der Magistrat ist die Regierung der Stadt. Er besteht aus dem hauptamtlichen Bürgermeister, dem 1. Stadtrat und 10 ehrenamtlichen Stadträten. Der

Angesichts der Vielzahl schockartiger Ereignisse und Krisen, ist der Begriff der Resilienz schon länger in aller Munde. Resilienz wird entsprechend auch als wichtige Komponente für eine zukunfts-feste integrierte Stadtentwicklung gesehen. Die Vielfalt und Breite der Definitionen und Anwendungsfelder für Resilienzkonzepte lässt einen umsetzungsorientierten und pragmatischen Umgang in der städtischen Praxis sinnvoll erscheinen.

In diesem Beitrag wird die vom BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) mit Partnern entwickelte Idee des „Stresstests für Städte und Gemeinden“ skizziert und auf die Vorteile des Instruments für die Umsetzung einer vorsorgenden Stadtentwicklung hingewiesen.

Anmerkung der Redaktion: das *Neu-Isenburger Extrablatt* hat 2019 in vier Folgen von April bis November den „Stresstest Stadt“ in Zusammenarbeit mit dem BBSR und Dr. Peter Jakubowski veröffentlicht. Auch die *Stadt Neu-Isenburg* sollte damit unterstützt werden, um ihre Resilienz-eigenschaften praxisnah ermitteln zu können. Ergebnisse bezogen auf *Neu-Isenburg* sind der Redaktion nicht bekannt.

Was Kommunalpolitiker anpacken sollten, damit ihre Stadt funktionsfähig bleibt!

Krisen und Resilienz

Der Zukunftsforscher Matthias Horx hat bereits 2011 die große Karriere des Begriffs der Resilienz heraufziehen sehen. Er formulierte pointiert: „Resilienz wird in den nächsten Jahren den schönen Begriff der Nachhaltigkeit ablösen. Hinter der Nachhaltigkeit steckt eine alte Harmonie-Illusion, dass es einen fixierbaren, dauerhaften Gleichgewichtszustand geben könnte, in dem wir uns mit der Natur ausgleichen können“ Unabhängig von der empirischen Belastbarkeit der herrschenden Aussage hat sich der Resilienz-begriff mittlerweile in beinahe jede politische wie fachliche Debatte eingenistet und angesichts der ebenso sogenannten „multiplen Krisen“ Eingang in den allgemeinen Sprachgebrauch gefunden: Resilienz ist omnipräsent.

Ein Blick auf die schockartigen, einschneidenden Ereignisse der letzten Jahre zeigt, warum der Nachhaltigkeit zugrundeliegende Idee der im Zeitablauf anzustrebenden Gleichgewichte,

Resiliente Stadtentwicklung



Dr. Peter Jakubowski, Leiter der Abteilung „Raum- und Stadtentwicklung“, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn.

nur noch selten im Mittelpunkt der Debatten steht. Die nächsten Gesellschaften stehen wahrscheinlich vor der großen Herausforderung, Anpassung an die globalen Wandelprozesse als Leitmotiv gesellschaftlichen Handelns zu akzeptieren – sich also im Agieren

und Reagieren auf die vielfältigen Wandelprozesse und damit verbundene krisenhafte Ereignisse einzulassen. „Resilienz“ wird zur Beschreibung der Art und Weise herangezogen, wie Menschen, Organisationen oder Systeme gegenüber Stressen oder Störungen reagieren. Der Begriff kann mit Widerstandsfähigkeit, Elastizität, Spannkraft übersetzt werden. Resilienz hat viele Facetten, ihren Kern bilden Erholungsfähigkeit sowie Flexibilität im Handeln und Vielfalt in Strukturen und Lösungswegen. Die Attribute von Resilienz können nur dann entwickelt und in Wert gesetzt werden, wenn Menschen und Systeme über Reserven an Energie und Ideen verfügen.

Grundlagen Stresstest für Städte

Bereits 2018 wurde der Prototyp für einen Stresstest für Städte entwickelt, der auf dem Modell einer „funktionsfähigen Stadt“ basiert. Diese urbanen Grundfunktionen als Kerneigenschaften der funktionsfähigen Stadt wurden formuliert und durch Bereiche abge-

bildet, mit denen die wichtigsten Resilienz-eigenschaften einer Stadt beschrieben werden können, mit denen die Resilienz einer Stadt, verstanden als Robustheit und Anpassungsfähigkeit gegenüber Stressen, ermittelt werden kann. Acht sogenannte Deskriptoren wurden hierfür benannt, von den Finanzen bis zum Sozialkapital.

Ausblick

Mit dem Memorandum für Urbane Resilienz hat der Bund ein Bündel von Empfehlungen vorgeschlagen, mit denen die Stadtentwicklungspolitik Städte auf dem Weg zur Resilienz unterstützen kann. Der Stresstest kann eine Lücke in der integrierten Stadtentwicklung füllen. Er erweitert außerdem die Instrumente und Maßnahmen des Bevölkerungsschutzes im Sinne der Risikoversorge.

In der Praxis empfiehlt es sich, zur Durchführung eines Stresstests in der jeweiligen Stadt eine Projektgruppe zu bilden, die mit den relevanten kommunalen Fachämtern und möglicherweise weiteren Akteuren besetzt ist. Sie muss methodische Fragen klären und über die zu verwendenden Informationen, Daten und Indikatoren entscheiden.

Die Kernfunktionen einer funktionsfähigen Stadt!

Stresstest Stadt

Das BBSR beschreibt die Kernfunktionen einer Stadt anhand von acht Bereichen, die zur Erfüllung der urbanen Grundfunktionen notwendig sind.

Finanzen



Die finanzielle Selbstständigkeit und die Liquidität einer Stadt sind aufgrund der Verantwortlichkeit für die allgemeine Daseinsvorsorge essenziell erforderlich. Ohne ausreichende finanzielle Mittel, die in erster Linie über Steuern und nur nachrangig über Zuweisungen eingenommen werden, können Pflichtaufgaben und die Erbringung kommunaler Dienstleistungen nicht gewährleistet werden.

Eine Stadt kann nur mit ausreichendem finanziellem Spielraum ihre Weiterentwicklung planen und gestalten, um gute Voraussetzungen für Haushalte und Unternehmen zu schaffen sowie freiwillige Aufgaben zu finanzieren. Der Bereich Finanzen wird so interpretiert, dass eine gute finanzielle Ausstattung eine Stadt in die Lage versetzt, Gegenmaßnahmen und Anpassungsstrategien umzusetzen bzw. umzusetzen. Gerade im Hinblick auf die Finanzierung von Förderungen

Bevölkerungsstruktur



Die Zusammensetzung der Bewohnerschaft einer Stadt und deren Veränderung haben einen wesentlichen Einfluss auf die Funktionsfähigkeit einer Stadt. Eine funktionsfähige Stadt ermöglicht es ihren Bewohnern, das Leben mit den erforderlichen Grundfunktionen über Erwerbseinkommen bzw. im Bedarfsfall über soziale Transferleistungen zu finanzieren.

Eine funktionsfähige Stadt ermöglicht Kindern und Jugendlichen ein chancengerechtes Aufwachen, unterstützt durch Betreuungs- und Bildungsmöglichkeiten. Für ältere Bewohner besteht die Möglichkeit am Erwerbsleben teilzunehmen und anschließend im Ruhestand so lange wie möglich im gewohnten Umfeld zu verbleiben

Technische Infrastruktur



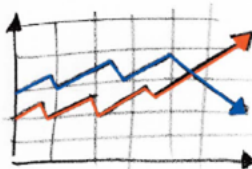
In vielen Kommunen besteht aufgrund des Erhaltungszustandes der Infrastrukturanlagen, neu geschaffener Standards und dem Wachstum der Bevölkerung, ein erheblicher Aus- und Umbaubedarf bei der Infrastruktur. Aufgrund der technischen Langlebigkeit dieser Infrastrukturen muss die Stadt durch vorsorgende Planungen und Konzepte dafür sorgen, dass Leistungsfähigkeit und Ausfallsicherheit dieser Netze gewährleistet sind, damit Haushalte und Unternehmen ihren Bedürfnissen entsprechend diese in Anspruch nehmen können. Die kurzfristige Aufrechterhaltung und Wiederinstandsetzung der Infrastruktur bei Katastrophenereignissen ist von höchster Bedeutung. Die Stromversorgung gehört zu den kritischen Infrastrukturen.

Soziale Infrastruktur + Bildung



Die soziale Versorgung als Grundfunktion einer Stadt umfasst ein breites Spektrum, das alle Lebenslagen und biographischen Anforderungen der Bewohnerschaft umfasst. Dieser Bereich fokussiert mit Blick auf die Stresstestbetrachtungen auf Betreuung und Bildung. Die Bereitstellung der Gebäude und Anlagen der Bildungsinfrastruktur wie Schulen und Kitas sowie die inhaltliche und organisatorische Vernetzung mit der Kinder- und Jugendarbeit gehören zu den zentralen Aufgaben einer Kommune.

Wirtschaftsstruktur



Die Wirtschaftsstruktur und damit der Arbeitsmarkt beeinflussen die Funktionsfähigkeit einer Stadt. Das bestehende System und die regionalwirtschaftliche Entwicklung ist funktionsfähig, wenn es im Entwicklungsverlauf stabil bleibt und somit stabile Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten bietet.

Für die Funktionsfähigkeit der Stadt ist in diesem Zusammenhang entscheidend, wie die Wirtschaftsstruktur gegenüber sozioökonomischen Ein- und Umbrüchen reagiert. Die Resilienz der Stadt äußert sich in der Anpassungs- und Erholungsfähigkeit der lokalen Wirtschaft an die ökonomischen Krisensituationen sowie der Innovationsfähigkeit zur Entwicklung neuer wirtschaftlicher Strategien oder alternativer Entwicklungspfade.

Wohnungsmarkt



Zu den Grundfunktionen einer Stadt zählt die Versorgung mit Wohnraum. Gemessen am Wohlstandsniveau steht bei der Frage einer angemessenen Wohnraumversorgung nur selten die Lösung von Wohnungslosigkeit im Vordergrund. Idealerweise verfügt die funktionierende Stadt über einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt, bei dem das Angebot der Nachfrage entspricht. Zu den Aufgaben einer guten Versorgung unterschiedlicher Zielgruppen mit Wohnraum können weitere Herausforderungen hinzukommen, wie durch die Flüchtlingssituation oder den Zuzug aus Ost- und Süd-Ost-Europa, der die Bereitstellung von entsprechendem Wohnraum erfordert.

Umwelt



Die funktionsfähige Stadt wird durch ihre Grün- und Freiraumstrukturen auf regionaler, gesamtstädtischer, quartiers- oder wohnstandortbezogener Ebene beeinflusst. Die Wohlfahrtswirkungen von Natur, Grün- und Freiraumsystemen im urbanen Raum sind abhängig von deren Quantität und Qualität sowie ihrer räumlichen Verteilung im städtischen System. Die Grün- und Freiraumstrukturen wirken sich auf das menschliche Wohlbefinden und die Gesundheit aus und beeinflussen zugleich die Folgen des Klimawandels (Hitze, Starkregen) die lufthygienische Situation von Städten.

Sozialkapital



Neben materiellen, finanziellen und organisatorischen Kernelementen einer funktionsfähigen Stadt sind günstige Rahmenbedingungen für die Bildung von gegenseitigem Vertrauen und darauf aufbauenden Kooperationen und Unterstützungen in der Stadtgesellschaft für die Funktionsfähigkeit der Stadt von Bedeutung.

Diese Voraussetzungen werden mit der begrifflichen Klammer des Sozialkapitals zusammengefasst. Gegenseitiges Vertrauen, das Vertrauen in Politik und Institutionen sowie die Bildung und Nutzung von Netzwerken, sind zentrale Grundlagen des Sozialkapitals und Elemente des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie der Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Stadt.

Es stellt sich die Frage, wie sich Städte und einzelne Stadträume in Bezug auf das Sozialkapital unterscheiden. Dabei spielen sowohl netzwerk-basierte Ressourcen (Freunde, Nachbarn, Mitgliedschaften) als auch das Vertrauen in Institutionen eine wichtige Rolle. Ausgehend von der Grundannahme, dass ein hohes Maß an gesellschaftlichem Zusammenhalt und Identifikation dazu beiträgt, dass sich Bürger und Unternehmen, verstärkt engagieren und Vertrauen in die städtischen Institutionen entwickeln, ist Sozialkapital eine zentrale Voraussetzung für die konstruktive Weiterentwicklung vieler Aufgaben in den Städten und damit auch ein Baustein der Funktionsfähigkeit von Städten. Eine intensive vertikale und horizontale Kooperation fördert die Fähigkeiten einer Stadt zur Bewältigung negativer Stress- und Krisensituationen.

Illustrationen: Kerstin Diacont
www.diacontdesign.de

CDU, SPD, DIE GRÜNEN:

Koalitionsvertrag 2026: die neue Regierung – jetzt auch „sozial“.

Ende Mai wurde der 20-seitige Koalitionsvertrag mit 14 Themen zur „Stadt Zukunft“, von CDU, SPD und GRÜN unterschrieben. Das Neu-Isenburger Extrablatt hat den neuen Koalitionsvertrag 2026 mit den Koalitionsverträgen aus den Jahren 2021 (CDU, GRÜN, FWG) und 2016 (CDU, GRÜN, FDP, FWG) verglichen. Vor fünf Jahren war der Koalitionsvertrag mit 23 Seiten umfangreicher und inhaltlich in den vielen Punkten, auch aussagekräftiger. In allen Verträgen ist durchgehend die Handschrift der CDU, als die stärkste Fraktion zu erkennen. Deshalb hat sich auch beim Motto des neuen Koalitionsvertrags (wieder mit GRÜN) wenig geändert – bis auf das „Wörtchen sozial“, das jetzt auch für die SPD und Bürgermeisterpartei im Motto steht.

Der Koalitionsvertrag 2026 umfasst die Themen: Finanzen, Wirtschaftsförderung, Moderne Verwaltung, Stadtentwicklung und Planung, Kultur- und Bildungszentrum, Wohnen, Klimaschutz und Klimaanpassung, Mobilität, Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung, Kinder, Jugend, Senioren und Soziales, Kunst, Kultur, Sport und Vereinsförderung, Vielfalt und Ehrenamt sowie Zeppelinheim und Gravenbruch. Nachfolgend können Sie lesen, was die neue Koalition an Absichtserklärungen den Bürgern gibt.

1. Finanzen

Der wirtschaftliche und sparsame Umgang mit öffentlichen Geldern sowie die nachhaltige und vorausschauende Haushaltsführung stellen die Basis unseres Handelns dar. Aufgrund der geringeren Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln, der steigenden Verschuldung und der deutlich abnehmenden Liquidität, ist die frühzeitige Prüfung möglicher Fördermittel und deren Einsatz bei Investitionen in allen Fachbereichen der Stadt unerlässlich.

Investitionen sind so zu planen, dass der Einsatz von Fördermitteln möglich ist. Das Suchen und die Umsetzung von Einsparmöglichkeiten haben für uns Vorrang vor weiteren Steuererhöhungen. Genehmigungsfähige Kreditaufnahmen zur langfristigen Finanzierung von Infrastrukturprojekten sind weiterhin erforderlich und notwendig. Bei diesen Projekten werden wir jeweils alle Möglichkeiten der Bezuschussung durch Dritte prüfen.

1.1 Steuern

- Auch künftig werden im Verhältnis zu anderen Städten der Region moderate Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer angestrebt, die zur Vermeidung von nicht durch Einnahmen abgedeckten Umlagezahlungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) mindestens den Nullwertentscheidungen des Landes Hessen entsprechen müssen.

- Die Aufrechterhaltung und Sicherung der Stadt Neu-Isenburg als attraktiver Wirtschaftsstandort hat bei der Gestaltung der Gewerbesteuer auch im Wettbewerb mit anderen Kommunen der Region eine hohe Bedeutung.

- Bei der Grundsteuer B wurde bewusst im Rahmen der Umsetzung der gesetzlichen Neuregelung in Neu-Isenburg die Aufkommensneutralität insgesamt sichergestellt und für den Haushalt der Stadt keine Zusatzmaßnahmen realisiert. Auch künftig werden in Neu-Isenburg im Vergleich zu



anderen Städten der Region angemessene, moderate Hebesätze der Grundsteuer B angestrebt.

- Beiträge und Gebühren werden wir zukünftig regelmäßig evaluieren. Es gilt, die Möglichkeiten der Prozessoptimierung (z. B. durch Digitalisierung) zu nutzen, um das Niveau der Gebühren möglichst stabil zu halten.

- Auf die Einführung einer Straßenbeitragsatzung werden wir verzichten.

- Wir werden eine Tourismusabgabe einführen.

biets Süd, dient als Grundlage zur Entwicklung aller Gewerbegebiete.

- Wir unterstützen eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung und alle Maßnahmen, die für eine zukunftsorientierte, moderne und innovative Wirtschaftsförderung nötig sind. Damit verbessern wir die Voraussetzungen für die ortsansässigen und auch ansiedlungswilligen Unternehmen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass im Bereich der Wirtschaftsförderung ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht. Eine auch künftig aktive und professionelle Wirt-

Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger dienen, ihren Anforderungen gerecht werden und für gute und kompetente Lösungsfindungen für Fragen, die in der Zuständigkeit der Stadt liegen, zur Verfügung stehen.

3.1. Digitalisierung

- Schwerpunkt der Digitalisierung ist die Modernisierung der Verwaltung. Dabei wollen wir einerseits eine gute Erreichbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger sicherstellen und andererseits die Effizienz der Verwaltung deutlich steigern. Als OZG-Modellkommune (Onlinezugangsgesetz) bauen wir die



(Oben von links) Erster Stadtrat Stefan Schmitt, Andrea Finas, Ortsverbandsprecherin Bündnis 90/Die Grüne, Oliver Gröll, Ortsverbandsprecher Bündnis 90/Die Grünen, Carlos Gómez, Stadtverbandsvorsitzender CDU, Michael Adam, Ortsverbandsvorsitzender SPD, Bürgermeister Gene Hagelstein, (unten von links) Caroline Zirkel, Fraktionsprecherin Bündnis 90/Die Grünen, Bettina Blüchardt, Fraktionsvorsitzende CDU, Markus Munari, Fraktionsvorsitzender SPD und Thorsten Möller, Fraktionsprecher Bündnis 90/Die Grünen. © Helmut Schmidt

1.2. Städteeigene Betriebe

- Die Wettbewerbsfähigkeit unserer städteigenen Betriebe werden wir erhalten.

- Zusätzlich Aufgaben dürfen die Wettbewerbsfähigkeit der städteigenen Betriebe nicht negativ beeinflussen

2. Wirtschaftsförderung

Die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Neu-Isenburg steht im Mittelpunkt unseres Handelns. Eine starke Wirtschaft sichert Arbeitsplätze, Wohlstand und schafft die Grundlage für Investitionen sowie die nachhaltige Weiterentwicklung unserer Stadt. Die von Frankfurt University of Applied Sciences vorgelegte Untersuchung zur Weiterentwicklung des Gewerbe-

schaftsförderung mit auskömmlicher personeller Besetzung ist ein wichtiger Baustein zur dauerhaften Sicherung der hiesigen Unternehmen und der von ihnen bereit gestellten Arbeitsplätze und dient auch der Ansiedlung neuer Unternehmen.

- Die Stärkung mittelständischer Unternehmen, wozu auch der Einzelhandel und die Gastronomie gehören, ist uns besonders wichtig.

- Der Ausbau moderner digitaler Infrastruktur, insb. des Glasfasernetzes.

3. Moderne Verwaltung

Die Stadt Neu-Isenburg ist für ihre serviceorientierte und bürgerefreundliche Verwaltung bekannt. Auch künftig soll die Stadtverwaltung als

- Im Bereich der Smart-City-Projekte konzentrieren wir uns auf die Themen Parkraum-Management und Parkraum-Bewirtschaftung sowie auf die Prüfung des Bereichs Wassermanagement. Dabei setzen wir auf möglichst weit verbreitete Standardlösungen, gründliche Erprobungsphasen und den Einsatz von Fördermitteln.

- Auch künftig stehen die Bedürfnisse der Menschen in Neu-Isenburg im Mittelpunkt, die gesellschaftliche Teilhabe aller Gruppen der Stadtbevölkerung ist sicherzustellen. Somit sind neben der Bereitstellung von digitalen Angeboten auch künftig Möglichkeiten zur persönlichen Ansprache bereitzustellen.

3.2. Liegenschaften

- Die Stadt Neu-Isenburg stellt für die verschiedenen Nutzungen unterschiedliche Liegenschaften zur Verfügung. Wir stellen uns in nächsten 20 Jahren der Herausforderung, diese zu sanieren und auf eine CO2-neutrale Energieversorgung umzustellen. Gleichzeitig bestehen Optimierungsmöglichkeiten bei den Nutzungen, die durch die Digitalisierung verstärkt werden (Videokonferenzen, digitale Buchungssysteme, digitale Schlüssel-systeme etc.).

- Wir wollen einen langfristigen Sanierungsplan auf Basis einer Vorstellung der zukünftigen Nutzungen erstellen, um Synergien unterschiedlicher Nutzer mit gleichen Nutzungsarten oder Verwaltungsprozessen zu realisieren.

4. Stadtentwicklung und Stadtplanung

Wir verfolgen im o.g. Bereich eine integrierte, nachhaltige und am Koalitionsvertrag ausgerichtete Gesamtstrategie. Ziel: Mobilität, Wohnraumentwicklung, Aufenthaltsqualität, Klimaschutz, in Einklang zu bringen und die unterschiedlichen Stadtbereiche ausgewogen weiterzuentwickeln. Laufende Projekte werden konsequent fortgeführt, neue Entwicklungen sinnvoll gesteuert und die Infrastruktur ankünftige Anforderungen einer wachsenden Stadt angepasst.

4.1. Frankfurter Straße

- Wir werden die weitere Prüfung der Umsetzbarkeit der Verlängerung der Straßenbahn (bisherige Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung) vorantreiben und die folgenden Leistungsphasen 2 und 3 beauftragen. Bauliche Maßnahmen entlang der Frankfurter Straße sollen die mögliche Umsetzung nicht erschweren.

- Die aktuell laufende Testphase zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität Frankfurter Straße mit mobilen Lösungen möchten wir evaluieren.

- Wir streben eine Zwischenlösung zur Verbesserung der Situation der Bushaltestellen unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit an.

- Eine Parkraumbewirtschaftung wird im Sinne von Gewerbetreibenden und Kunden angestrebt. An weiteren geeigneten Stellen z.B. Wilhelmplatz, in Bahnhofsnähe – soll ein Parkraumbewirtschaftungskonzept geprüft werden

4.2. Alter Ort

- Wir werden die barrierefreie Umgestaltung des Alten Ortes vorantreiben, zunächst wird der Marktplatz barrierefrei gestaltet.

Zur Modernisierung der Verwaltungsstruktur nutzen wir auch die Möglichkeiten, die aufgrund der altersbedingt ausscheidenden Mitarbeitenden entstehen.

Koalitionsvertrag 2026:

Die großen Themen zur Stadtzukunft: das plant die Kenia-Koalition.

Fortsetzung 4. Stadtentwicklung und Stadtplanung

• Um eine Steigerung der Aufenthaltsqualität auf dem Marktplatz sowie die Entspannung der Verkehrssituation im Alten Ort zu erreichen, soll der Bereich rund um den Marktplatz unter Berücksichtigung der Interessen der Anwohnenden und Gewerbetreibenden vom Autoverkehr entlastet werden. Möglichkeiten hierzu werden wir prüfen.

4.3. Private Bauvorhaben

• Die laufenden Bauvorhaben am Kalbskopfgebäude, dem Güterbahnhof und der Bahnhofstraße unterstützen wir ausdrücklich und werden diese positiv begleiten.

4.4 Bürgerpark Birkengewann

• Die Schaffung eines Bürgerparks im Birkengewann werden wir prüfen und Konzepte entwickeln lassen. Ziel ist es, sukzessive attraktive Möglichkeiten der Freizeitgestaltung für Jung und Alt zu schaffen. Zudem soll die Möglichkeit geprüft werden, ob eine Freilauffläche für Hunde möglich ist.

• Über eine Notwendigkeit zur Nutzung für den Schulsport wird mit dem Schulträger beraten.

4.5. Rahmenplanung

• Um eine sinnvolle Entlastung des Wohnungsmarktes zu ermöglichen, möchten wir Rahmenpläne für die jeweiligen Quartiersentwicklungen der Stadt erarbeiten, die eine für die Infrastruktur verträgliche Nachverdichtung gewährleisten.

• Die Stellplatzsatzung unserer Stadt soll von einem einheitlichen zu einem quartiers- und projektbezogenen Konzept überarbeitet werden, um den unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Entwicklungen im Bereich des ÖPNV werden hierbei Berücksichtigung finden. Im Rahmen von Neubauprojekten ist auch die angemessene Schaffung von Parkraum stets umzusetzen.

5. Kultur- und Bildungszentrum

Wir richten die Weiterentwicklung Hugenottenhalle und Stadtbibliothek vor dem Hintergrund neuer Standortnutzungen neu aus und stellen die Weichen für ein zukunftsfähiges Gesamtkonzept als „Dritter Ort“.

• Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen mit dem erfolgten Einzug von Musikschule, Philharmonischer Gesellschaft, VdK und VHS in die nicht mehr für den Schulbetrieb benötigten Bestandsgebäude der Albert-Schweitzer-Schule und der Freizeitvilla, wird schnellstmöglich für die künftige Ausgestaltung des Dritten Ortes an der Hugenottenhalle und der Stadtbibliothek, ein alternatives Raum- und Nutzungskonzept erarbeitet, unter Nutzung von Synergien.

• Ziel dabei ist es, die bislang geplante Mehrung des umbauten Raumes auf dem Areal von Hugenottenhalle und Stadtbibliothek deutlich zu reduzieren und somit die Finanzierbarkeit der grundlegenden Sanierung, unter Berücksichtigung von zu beantragenden Fördermitteln gegenüber bisherigen Planungen zu optimieren.

• Die Schließzeiten für die grundlegende Sanierung sind so kurz wie möglich zu halten und die Hugenottenhalle sowie die Stadtbibliothek mit einem modernen Konzept als dritten Ort wieder so schnell wie möglich zur Verfügung zu stellen.

Hierfür notwendige Maßnahmen sind zügig zu veranlassen und für die Zwischenzeit ist eine geeignete Interimslösung zur Sicherung der Kulturarbeit im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zu errichten. *(Anmerkung der Redaktion: geplant ist im Sportpark ein temporärer Leichtbau).*

6. Wohnen

Bezahlbarer, sozial ausgewogener und barrierefreier Wohnraum ist eine zentrale Voraussetzung für Lebensqualität und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Neu-Isenburg. Unser Ziel ist es, ausreichend Wohnraum für Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen zu schaffen und zu sichern.

So kommt der Gewobau als starker kommunaler Wohnungsbaugesellschaft eine besondere Bedeutung zu. Wir setzen uns für den Erhalt von Sozialwohnungen, die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums und eine ausgewogene Entwicklung des Wohnungsmarktes ein.

• Wir werden den aktuellen Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen in Neu-Isenburg erhalten und dafür sorgen, dass keine Wohnung aus der Sozialbindung fällt.

• Die Mietpreisbremse soll im Rahmen der Erfüllung der Kriterien des Landes Hessen weiterbestehen bleiben.

• Wir setzen uns dafür ein, dass die Gewobau im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten weitere Mietwohnungen baut, ihren Bestand an barrierefreien Wohnungen erhöht, den bestehenden Wohnungsbestand weiter saniert und ihre starke Position auf dem lokalen Wohnungsmarkt weiter ausbaut.

• Im Rahmen der Bebauung des Grundstückes Hugenottenallee 150 entstehen u. a. 32 barrierefreie Wohnungen, von denen mindestens 16 Wohnungen als öffentlich geförderter Wohnraum errichtet werden.

• Wir setzen uns für ein datengeschütztes Vergabesystem nach einem Punktemodell ein. Hierzu werden wir mit der Gewobau prüfen, nach welchen Kriterien und für welchen Wohnungsbestand ein solches System genutzt werden und in welchem Zeitraum die Umsetzung erfolgen kann.



7. Klimaschutz und Klimaanpassung

Die Folgen des Klimawandels sind bereits spürbar und stellen auch unsere Stadt vor große Herausforderungen. Klimaschutz und Klimaanpassung sind zentrale Aufgaben unseres Handelns, denen wir uns gemeinsam stellen. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt unserer Lebensqualität, fördern Biodiversität und Artenvielfalt und sind Grundlage für eine klimaresiliente und lebenswerte Stadt.

7.1. Klimaschutz

• Die im Statusbericht Klimaschutz benannten Handlungsschwerpunkte im Bereich Klimaschutz werden fortgeführt.

• Handlungsschwerpunkte im Gebäudebereich sind die Unterstützung der Stadtwerke bei der Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung und die Zusammenarbeit mit dem lokalen Handwerk z. B. mit der Fortführung der Energietage.

• Im Verkehrsbereich setzen wir auf die Umsetzung der RTW, die Stärkung der Nahmobilität (Radverkehr, Fußverkehr, Hopper, Bus) und den weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität.

• Die vertiefte Prüfung der Straßenbahnverlängerung werden wir weiter verfolgen.

• Die Entwicklung im Bereich Klimaschutz soll regelmäßig in Statusberichten dargestellt werden.

• Die Teilnahme am Zertifizierungsverfahren „Stadtgrün natumrah“ wird fortgesetzt.

• Die erfolgreiche Klimapartnerschaft mit Kwadaso in Ghana wird nach Ende der Förderung ehrenamtlich, ohne finanzielle und personelle Beteiligung der Stadt, fortgeführt.

7.2. Klimaanpassung

• Das beschlossene Handlungskonzept zur Klimaanpassung bleibt Grundlage des politischen Handelns.

• Das bestehende Förderprogramm zur Klimaanpassung soll fortgesetzt werden.

• Die Stelle der Klimaanpassungsmanagerin wird im Rahmen des Förderprojekts genutzt um konkrete Umsetzungsprojekte zu erarbeiten.

• Dazu gehören insbesondere: -Konzepte für Grün- und Verkehrsflächen, Starkregen- und Hochwasserschutz, klimaresiliente Gestaltung von den städtischen Liegenschaften, -Maßnahmen zur Stärkung von Nahmobilität und Einzelhandel in der Stadt und Stadtteilen •Für die Umsetzung geeignete Maßnahmen sollen Fördermittel beantragt werden. Bedarfs gerechte Haushaltsmittel stellen wir dann zur Verfügung.

8. Mobilität

Wir stehen für eine ausgewogene Verkehrspolitik, die die Mobilität und Individualität aller Verkehrsträger und -teilnehmer gleichermaßen berücksichtigt und gleichberechtigt fördert. Die Fortschreibung des Mobilitätskonzepts 2030 bildet die Grundlage unserer Planungen für das Stadtgebiet inklusive der Ortsteile. In diesem Zusammenhang steht die Umsetzung eines modernen Parkraummanagement- und Parkraumbewirtschaftungssystem.

• Die RTW ist ein zentraler Baustein der Verkehrswende vor Ort und stärkt zugleich den Wirtschaftsstandort, da auch ansässige Unternehmen vom besseren Anschluss profitieren.

• Mit der RTW bekommt Neu-Isenburg endlich eine direkte Schienenanbindung an das westliche Rhein-Main-Gebiet – ein wichtiger Schritt für klimafreundliche Mobilität und ein Baustein zu den Klimazielen der Stadt. Als Mitgesellschafterin der RTW-Planungsgesellschaft begleitet Neu-Isenburg das Projekt aktiv. Dadurch konnten wir beitragen, dass zusätzliche Haltestellen und bessere Anbindungen für unsere Stadt eingeplant wurden.

• Das von externen Fachplanern betrachtete Vorrangstraßennetz in der Gesamtstadt dient als Grundlage zur Überarbeitung der Geschwindigkeitsbegrenzungen im Stadtgebiet. Eine bessere Ausnutzung des Straßenraums und die Reduktion von Lärm- und Schadstoffemissionen sowie eine Anpassung an veränderte Gegebenheiten werden hierdurch angestrebt.

• Komfortable Rad- und Fußwege sind bedeutend für eine bürgerfreundliche Stadt. Mit dem Radverkehrskonzept 2015 wurde ein erster Ansatz zur Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur gemacht. Dieses Konzept wollen wir weiterentwickeln und umsetzen.

Dabei sind die Radverkehrsplanungen im Zusammenhang mit der RTW und den überörtlichen Radwegen (Rad-schnellweg Darmstadt-Frankfurt und Seligenstadt-Flughafen sowie Verbindungen nach Offenbach) zu berücksichtigen. Wir werden eine für Rad-fahrende sichere und komfortable

Ost-West-Verbindung durch die Stadt schaffen. Das Ziel ist ein abgestuftes Netz von komfortablen Rad- und Fußwegen für Nah- und Fernverbindung.

• Die Anbindung der Gewerbegebiete und der Ortsteile an den ÖPNV muss über 2027 hinaus sichergestellt werden. Dazu gehören auch der Weiterbetrieb des Hoppers oder ähnlicher Systeme nach dem Ende der Förderung, wobei es eine gerechte Verteilung der Kosten im Kreisgebiet geben muss.

• Wir wollen die Ausweitung des LKW-Durchfahrtsverbotes auf die Friedhofstraße/Carl-Ulrich-Straße und die Verlegung der Umleitung für die BAB 3 auf die Rathenaustraße/Siemensstraße. Voraussetzung hierfür ist eine höhere Leistungsfähigkeit der Anschlussstelle Dreieich-Sprendlingen der BAB 661, die wir gegenüber dem Land Hessen weiterhin einfordern.

• Eine breite Bürgerbeteiligung und information setzen wir bei allen großen Infrastrukturmaßnahmen weiterhin konsequent um.

9. Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung

Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit sind wesentliche Voraussetzungen für Lebensqualität, gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein gutes Miteinander in Neu-Isenburg. Ziel ist eine Stadt, in der sich alle Menschen – unabhängig von Alter, Herkunft oder Lebenssituation – sicher und wohlfühlen können. Dazu gehören sowohl eine hohe objektive Sicherheit als auch ein starkes subjektives Sicherheits- und Sauberkeitsempfinden im öffentlichen Raum.

Wir setzen dabei auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Polizei, städtischen Sicherheits- und Präventionseinrichtungen, Rettungs- und Hilfsorganisationen sowie den Bürgerinnen und Bürgern. Prävention, Präsenz, moderne Ausstattung und eine verlässliche Ordnungspolitik gehören dabei ebenso zu unserem Ansatz wie eine saubere und gepflegte Stadt, die von gegenseitiger Rücksichtnahme und Eigenverantwortung geprägt ist. Die Arbeit der vielen haupt- und ehrenamtlich engagierten Menschen – von der Ordnungspolizei über die Mitarbeitenden der DLB AöR bis hin zur „Blaulicht-Familie“ und den Stadtkümmerern – verdient dabei unsere besondere Anerkennung und Unterstützung.

9.1. Sicherheit und Ordnung

• Wir unterstützen die gute und intensive Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den städtischen Sicherheits- und Präventionseinrichtungen sowie die ausreichende Bereitstellung von Polizeibeamten auf der Polizeidienststellen in Neu-Isenburg und Gravenbruch durch das Land Hessen. Die objektive Sicherheit und auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Einwohner und Besucher sind auch künftig zu gewährleisten.

• Die „City Streife“ wird mit ihren bisherigen Aufgaben als „Dialog- und Präventionsteam“ fortgeführt. Eine Evaluierung der Aufgaben, Einsatzarten und -orte wird zur Haushaltsberatung 2027 erfolgen.

Koalitionsvertrag 2026:

So geht's weiter – für Bürger, Kultur, Sport und die Vereine der Stadt.

Fortsetzung 9. Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung

• Die Fortführung des Vereins MOJA - Mobile Jugendarbeit/Streetworker wird gemeinsam mit dem Vorstand und der Geschäftsführung von MOJA überprüft. Die Aufgaben werden ggf. im Jahr 2027 in kommunale Verantwortung übergeben.

• Der freiwillige Polizeidienst läuft bis spätestens zur Mitte der Legislaturperiode aus. Ausscheidende freiwillige Polizeihelfer werden nicht ersetzt. Die eingesparten Haushaltsmittel werden für eine personelle Aufstockung der Ordnungspolizei um zwei Stellen verwendet.

• Die Umorganisation der Ordnungspolizei in eine Stadtpolizei wird geprüft.

• Die hervorragende Arbeit der Verbände des Zivil- und Katastrophenschutzes ist ein wichtiger Faktor für die Sicherheit in unserer Stadt, für die wir sehr dankbar sind. Auch in dieser Legislaturperiode werden wir daher für die kommunalen Verbände der „Blaulicht-Familie“ eine angemessene Finanzausstattung bereitstellen und somit den Katastrophenschutz und Zivilschutz in Kooperation mit dem Kreis Offenbach und dem Land Hessen entsprechend der gestiegenen Anforderungen ausbauen.

9.2. Sauberkeit

• Durch das Stadtsauberkeitskonzept und die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen soll die Sauberkeit auf Straßen und Plätzen im öffentlichen Raum weiter verbessert werden.

• Der Mängelmelder, unterstützt durch die Arbeit der ehrenamtlichen Stadtkümmerner, hat sich bewährt und soll weiterentwickelt werden.

• Kampagnen zur Stärkung des Bewusstseins für die Eigenverantwortung jeder Bürgerin und jedes Bürgers beim Thema Sauberkeit werden gestärkt; Fehlverhalten soll konsequent geahndet werden.

• Der erfolgreiche Einsatz von speziellen Kleingeräten, wie des „Glutton-Saugers“, soll erweitert werden. Zur regelmäßigen Reinigung der öffentlichen Plätze, insbesondere der Spielplätze, sind auch künftig ausreichende Mittel für entsprechendes Personal und technische Ausstattung der DLB AöR bereitzustellen, und somit der große Einsatz der dortigen Mitarbeitenden zu würdigen.



• Ein solitäre Verpackungssteuer ausschließlich für Neu-Isenburg wird nicht eingeführt. Eine Umsetzung kann nur durch eine regionale, nachbarschaftliche oder übergeordnete Regelung erfolgen.

• Zur Verbesserung der Sauberkeit wird die Einführung einer Straßenreinigungsbührensatzung mit Übernahme der Straßenreinigung durch die DLB AöR insbesondere an stark frequentierten (Haupt-) Straßen, z. B. an der Frankfurter Straße, wird geprüft. Die bisherige Reinigungspflicht durch die Anwohnerinnen und Anwohner soll in den meisten Wohnstraßen aufrecht erhalten bleiben.

• Wir setzen uns für eine Ausweitung des bestehenden Patenschafts-Modells öffentlicher Bäume und Grünflächen sowie für private Baumspenden ein.

10. Kinder, Jugend, Senioren und Soziales

Soziale Standards, Chancengerechtigkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind wesentliche Grundlag für ein gutes, friedliches und solidarisches Zusammenleben in Neu-Isenburg. Unser Ziel ist eine lebenswerte Stadt für alle Generationen – von Kindern und Jugendlichen über Familien bis hin zu Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Unterstützungsbedarf oder Beeinträchtigungen.

Wir setzen uns daher für verlässliche und bedarfsgerechte Betreuungs-, Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote ein, die Teilhabe, Selbstbestimmung und soziale Sicherheit ermöglichen. Die vielfältigen Angebote städtischer Einrichtungen, freier Träger, Vereine, Kirchen und ehrenamtlicher Initiativen leisten hierzu einen unverzichtbaren Beitrag, den wir auch künftig stärken und weiterentwickeln wollen.

Dabei stehen für uns insbesondere gute Bildungs- und Entwicklungschancen für Kinder und Jugendliche, ein selbstbestimmtes Leben im Alter, die Förderung von Inklusion und Barrierefreiheit sowie der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserer Stadt im Mittelpunkt unseres Handelns.

10.1. Kinder und Jugend

• Die Koalition bekennt sich zum Erhalt und der bedarfsgerechten Weiterentwicklung der sehr starken, vielfältigen Kinderbetreuung im Bereich U3, Ü3 und der Schulkinder. Aufgrund des immer größeren Bedarfs an Plätzen und des Kostenanstiegs ist es zwingend erforderlich, das „Isenburger Modell“ auch im Vergleich mit anderen Kommunen zu optimieren.

Gleichzeitig sind die Deckungsbeiträge der Stadt für jeden einzelnen Betreuungsplatz angemessen im Vergleich zu anderen umliegenden Städten anzupassen, um auch künftig sicherzustellen, dass jedes Kind bestmöglich mit einem Betreuungsplatz versorgt werden kann.

• Unser heute schon herausragendes Angebot in der Schulkinderbetreuung an Grundschulen wollen wir weiter bedarfsgerecht ausbauen. Ziel ist, auch unter Berücksichtigung des



gesetzlichen Anspruchs ab 01.08.2026 dass jedes Kind einen Betreuungsplatz bekommt, das einen benötigt. Hierzu soll gemeinsam mit dem Kreis Offenbach die Schulkinderbetreuung an der Buchenbuschschule (Container-Anbau auf dem freien städtischen Grundstück zwischen Naturfreundehaus und Kindergarten) und der Ludwig-Uhland-Schule (Anbau für eine erweiterte Mittagessenbetreuung) ausgebaut werden. Weitere Erweiterungen des Platzangebots sind zusammen mit dem Kreis Offenbach durch die Schulneubauten an der Albert-Schweitzer-Schule und an der Hans-Christian-Andersen-Schule geplant.

• Das bisherige Anmeldesystem zur Kinder- und Schulkinderbetreuung soll im Jahr 2027 durch ein neues, leistungsstarkes, anwenderfreundliches und übersichtliches System zur digitalen Anmeldung der Kinder und Platzvergabe ersetzt werden.

• Wir setzen uns für eine faire und sozial ausgewogene Gestaltung der Betreuungskosten ein, die Familien in unterschiedlichen Lebenssituationen angemessen berücksichtigt und gleichzeitig die hohe Qualität der Betreuungsangebote sichert.

• Wir werden mögliche Bemühungen der Schulgemeinde der Brüder-Grimm Schule hin zu einer kooperativen Gesamtschule mit Gymnasialzweig auf allen Ebenen unterstützen und begleiten.

• Wir begrüßen die vielfältigen Angebote, die von Vereinen, den Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften sowie der Stadt allen Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden. Diese sollen weiter gefördert und ggf. ausgebaut werden.

• Wir unterstützen die kontinuierliche Evaluierung der Jugendarbeit, um die die im gesamten Stadtgebiet, inklusive der Stadtteile, weiterhin bedarfsgerecht auszurichten.

• Wir sehen das Jugendforum als wertvolle Institution und begrüßen dessen Engagement und Ideen.

• Wir setzen uns für attraktive Freizeitorte für Jugendliche im öffentlichen Raum ein, an denen sie sich ohne Konsumzwang treffen können. In deren Gestaltung möchten wir das Jugendforum direkt einbeziehen.

• Wir setzen uns auch zukünftig für sichere Kinderspielplätze und deren vielfältige Ausstattung mit Spielgeräten für verschiedene Altersstufen ein. Diese sollen an bestimmten Standorten zusätzlich mit inklusiven Spielgeräten ausgestattet werden.

10.2 Senioren

• Wir begrüßen und unterstützen auch zukünftig die Arbeit sowie Vielfalt von Trägern wie VdK, Essen auf Rädern, Sanitätsverein sowie viele andere Initiativen und städtische Angebote wie Digitallotsen oder Stadtteilberatung, die älteren, beeinträchtigten Menschen ermöglichen, selbstbestimmt in ihrem gewohnten Lebensumfeld zu bleiben.

• Wir wissen auch um die Qualität der stationären Pflegeheime, die eine Alternative für die Menschen sind, die mehr Unterstützung benötigen und wollen. Die Qualität und die Notwendigkeit zur Ausweitung der Betreuungs- und Pflegeangebote werden wir regelmäßig überprüfen und proaktiv begleiten, die aktuell geltenden Qualitätsstandards haben wir im Blick.

• Wir unterstützen ehrenamtliche und gemeinnützige Initiativen und Vereine in ihren Bemühungen, in aufsuchender und stationärer Arbeit, vereinsamen Menschen jeden Alters, Hilfe und Gemeinsamkeit zu geben. Generationsübergreifende Einrichtungen sind besonders wertvoll und finden unsere Unterstützung.

• Für eine steigende Anzahl an Menschen mit Demenzerkrankung im Alter, wollen wir mit geeigneten Maßnahmen und modernen Konzepten Unterstützung bieten. Betreuungsplätze, Entlastung für Angehörige und das Wohl der Menschen stehen dabei für uns im Vordergrund.

• Wir setzen uns für eine umfassende Barrierefreiheit im öffentlichen und digitalen Raum ein, damit alle Men-

unabhängig von körperlichen, sensorischen, kognitiven oder anderen Beeinträchtigungen – gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Unser Ziel ist eine Stadt, die Inklusion lebt, Selbstbestimmung stärkt und den Alltag für alle Menschen zugänglich und lebensnah gestaltet.

11. Kultur, Sport und Vereinsförderung

Wir bekennen uns klar zu einer starken, vielfältigen und niedrigschwelligen Sport- und Kulturlandschaft. Sport- und Vereinsarbeit werden als zentrale Säule des gesellschaftlichen Zusammenhalts verstanden und gezielt gestärkt, mit Blick auf Kinder, Jugend und das ehrenamtliche Engagement. Investitionen in Infrastruktur, Wertschutz und moderne Sportangebote sollen dabei ebenso gesichert werden wie der langfristige Zugang zu bezahlbaren und gut ausgestatteten Sportstätten im gesamten Stadtgebiet. Wir bekennen uns klar zu einer starken, vielfältigen und niedrigschwelligen Sport- und Kulturlandschaft.

Sport- und Vereinsarbeit werden als zentrale Säule des gesellschaftlichen Zusammenhalts verstanden und gezielt gestärkt, mit Blick auf Kinder, Jugend und das ehrenamtliche Engagement. Investitionen in Infrastruktur, Wertschutz und moderne Sportangebote sollen dabei ebenso gesichert werden wie der langfristige Zugang zu bezahlbaren und gut ausgestatteten Sportstätten im gesamten Stadtgebiet.

11.1. Kultur

• Neben den von unterschiedlichen Vereinen und Initiativen geprägten Kulturangeboten gibt es auch eine Vielzahl von Angeboten, die von der Stadt Neu-Isenburg organisiert wird. Wir wollen das Kulturangebot evaluieren und vielfältig gestalten, umbreitere Bevölkerungsgruppen von jung bis alt anzusprechen.

• Wir wollen das Raummanagement der vorhandenen Räume verbessern und Vergaberichtlinien für Proberäume und Freizeitaktivitäten evaluieren.

• Die Angebote der VHS und der Musikschule werden ebenfalls unterstützt, insbesondere dort, wo sie der gesellschaftlichen Integration dienen, z. B. auf dem Gebiet der sprachlichen und musischen Förderung von Kindern und Jugendlichen.

• Die bestehenden Städtepartnerschaften sollen gefördert werden – insbesondere, wenn sie mit Eigenaktivitäten von Vereinen verbunden sind.

• Die Stadtbibliothek hat als Platz zum Verweilen, Entdecken und Erleben für Jung und Alt eine bedeutende Stellung im Konzept des Kultur- und Bildungszentrums. Der Bildungsauftrag der Stadtbibliothek soll dabei – nach wie vor – im Vordergrund stehen.

• Die sehr gute Museumsarbeit „Haus zum Löwen“ und „Zeppelinmuseum“ wollen wir weiterhin unterstützen.

11.2. Sport und Vereinsförderung

• Wir werden, in enger Abstimmung mit der IG Vereine, möglichst vielen Kindern und Jugendlichen die Teilnahme an sportlichen und kulturellen Vereinsangeboten ermöglichen.

• Auf Basis der überarbeiteten Vereinsförderichtlinien werden wir wie bisher unsere Sport- und Kulturvereine sowie deren Investitionen gezielt unterstützen.

• Wir wollen die Vermarktung unserer Sportstätten ausbauen, um im Gegenzug unseren Vereinen die Hallen und Plätze weiterhin gebührenfrei für den Trainings- und Spielbetrieb zur Verfügung stellen zu können.

• Anhand einer auf transparenten Kriterien beruhenden Prioritätenliste, werden wir die notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen an unseren Sportanlagen weiter vornehmen.

• Wir werden die Umkleiden auf der Sportanlage in Gravenbruch, auf Basis der beim Bund eingereichten Planungen, grundlegend sanieren.

• Wir werden mit Mitteln aus Bundesinvestitionsprogramm (Sondervermögen Infrastruktur/Klimaschutz) die dringend notwendig energetische Sanierung Sporthalle/Sportpark angehen.

• Die Oberfläche des Kunstrasenplatzes am Sportplatz Buchenbusch muss dringend für den Erhalt des Spielbetriebs erneuert werden. Diese Investition werden wir realisieren.

12. Vielfalt und Ehrenamt

Neu-Isenburg ist eine Stadt der Vielfalt und des respektvollen Miteinanders. Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen, Traditionen und Lebensweisen prägen das Zusammenleben auf Basis von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Respekt.

Wir stehen für ein friedliches Zusammenleben, in dem sich alle Menschen mit Offenheit, Wertschätzung und gegenseitigem Respekt begegnen.

Integration gelingt nur gemeinsam – sie ist eine gesamtgesellschaftliche und generationsübergreifende Aufgabe.

Wir stehen hinter dem aktuellen Integrationskonzept der Stadt und unterstützen die angestrebten Maßnahmen und Aktivitäten für Vereine, Schulen und die gesamte Stadtgesellschaft.

Wir setzen uns für die Arbeit der Flüchtlingshilfe, der Kirchen und Nachbarschaftsprojekte ein, die neu zugewanderten Menschen helfen, in Neu-Isenburg anzukommen.

Der VHS Neu-Isenburg kommt eine besondere Rolle durch die angebotenen Integrationskurse zu.

Ob in der Kultur, im Sport, in Bildung oder bei der Integration – im Rettungsdienst, der Katastrophenhilfe oder bei alltäglichen Hilfen für Menschen in Not: Ehrenamtliches Engagement ist in allen Lebensbereichen unverzichtbar. Diese wertvolle Arbeit verdient nicht nur Respekt, unsere aktive Unterstützung und Wertschätzung

13. Zeppelinheim

Im Zuge der Neubaustrecke Frankfurt – Mannheim (NBS) wurden zu beiden Planfeststellungsverfahren Anwendungen der Stadt Neu-Isenburg eingereicht, die wir ebenfalls unterstützen. Dazu gehören der allgemeine Lärmschutz an sich, die Vermeidung von Bausustellenlärm während der Bauphase sowie der barrierefreie Umbau des Bahnhofes und eine weiterhin gute S-Bahn Anbindung (S7).

Der Ausbau der Radwege Dreieich – Flughafen sowie Walldorf – Neu-Isenburg durch Hessen Mobil werden ausdrücklich befürwortet. Hier gilt es zu beachten, dass beide Brückenbauwerke (Querung B44 sowie Querung Bahnhof Zeppelinheim) in einer Planung zusammengefasst werden sollen.

Nach Inbetriebnahme des Terminals 3, liegt das Hauptaugenmerk auf dem Schutz vor Bodenlärm, insbesondere durch den zurzeit noch nicht in Betrieb genommenen Flugsteig G, welcher in Richtung Zeppelinheim ausgerichtet ist.

Außerdem ist die Parksituation zu beobachten und eventuelle Maßnahmen, wie eine zeitlich begrenzte Parkplatznutzung, sind vorzubereiten.

Koalitionsvertrag 2026:

Zum Abschluss: Vielfalt, Ehrenamt, Zeppelinheim und Gravenbruch.



Die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit Produkten des täglichen Bedarfs ist weiterhin ein Anliegen und wird in verschiedenen Varianten weiterhin geprüft.

Nach der letzten Evaluierung der Fahrgastzahlen der Linie 52, ist hier mit der kvGO, eine Lösung zur Weiterführung eines adäquaten ÖPNV-Angebotes, zur Anbindung des Stadtteils an die Kernstadt (auch an Sonn- und Feiertagen) zu erarbeiten.

Der Schutz des Waldes und der Erhalt von Grünflächen stehen weiterhin im Mittelpunkt, um eine klimafreundliche Stadtentwicklung zu erreichen. Ziel ist der Erhalt einer guten Aufenthaltsqualität im Stadtteil und er dient ebenso dem Artenschutz.

14. Gravenbruch

Wir setzen uns weiterhin für Lärmschutzmaßnahmen und Temporeduzierung entlang der L3117 und A3 ein.

Die Reduzierung des Lärms bleibt unser Ziel. Wir wollen keine neuen, Gravenbruch belastenden, Flugrouten und keinen weiteren A3 Ausbau, wenn Gravenbruch nicht vollständig durch geeignete Schutzmaßnahmen vom zu erwartenden Lärm entlastet wird.

Wir arbeiten weiter an der Verbesserung der Parkplatzsituation in Gravenbruch.

Unser Ziel ist, Gravenbruch weiterhin gut an das ÖPNV-Busliniennetz anzubinden. Der Hopper bietet hier eine gute Ergänzung in die Kernstadt.

Wir begrüßen die vielfältige Nutzung des Dreihörnsteinsplatzes als Mittelpunkt des Ortsteils durch zahlreiche unterschiedliche Veranstaltungen, dies unterstützen wir weiterhin.

Wir wollen das JUZ barrierefrei zugänglich gestalten, um einen wichtigen Veranstaltungsort in Gravenbruch besser nutzen zu können.

Die Kirchen möchten wir bei ihrer geplanten Umstrukturierung konstruktiv begleiten.

Die Funktionsräume am Fußballplatz werden wir grundlegend sanieren, so dass wieder eine gute Nutzbarkeit für die Sportlerinnen und Sportler besteht.

Der Kommentar

Das Neu-Isenburger Extrablatt hat in der Mai-Sonderausgabe zur Kommunalwahl 2026, deren Ergebnisse für seine Leser zusammengefasst, und die darauf folgende Koalitionsbildung inklusive des 20-seitigen Koalitionsvertrags hier im Originaltext wiedergegeben. Gerne hätten wir die Ausgabe schon früher raus gebracht, aber die Koalitionsbildung hat länger gedauert.

Es ist nun bereits nach 2021 und 2016 die dritte Kommunalwahl, für die das Neu-Isenburger Extrablatt inklusive des Originalwortlauts zum Koalitionsvertrag berichtet. Das bedeutet auch, einen kritischen Blick auf die Versprechen und Absichtserklärungen in den Verträgen zu wagen und deren Umsetzung innerhalb der Legislaturperioden zu überprüfen.

Leider muss man jedoch feststellen, dass gerade im aktuellen Koalitionsvertrag 2026 wenig konkretes zu finden ist. Neu-Isenburg steckt in einer Finanzkrise und der Wirtschaftsstandort verliert durch den Wegzug renommierter Unternehmen nicht nur an Strahlkraft, sondern auch massiv an Gewerbesteuerinnahmen – sie machen 57% der städtischen Einnahmen aus. Warum erhält die Wirtschaftsförderung der Stadt nicht den klaren Auftrag sich verstärkt um die Neuan siedlung von Unternehmen zu kümmern?

Im Koalitionsvertrag ist auch nichts darüber zu finden, was die Stadt gegen die hohe Zahl an Nicht-Wählern gedenkt zu tun. Ein Problem, das seit über 20 Jahren bekannt ist und doch wird das Problem nach jeder Kommunalwahl liegen lassen. In diesem Jahr waren es 15.186 wahlberechtigte Isenburger, die sich entschieden nicht zu wählen: 55,3% der Wahlberechtigten. Es ist die abnehmende Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt, die zum echten Problem wird.

So sagte bereits unser Bürgermeister im Oktober 2021 nach seiner Wahl: „Die Identifikation der Bewohner mit ihrer Stadt sehe ich als ein wichtiges Potenzial, das als Ressource einzusetzen ist. Ein möglichst hoher Grad an Identifikation kann aber nur erreicht werden, wenn die Bürger sich auch angesprochen fühlen und ihre Themen wiederfinden. Aber genau das findet bei uns immer weniger statt“.

Kein Wort dazu im Koalitionsvertrag, wahrscheinlich passt das auch nirgendwo zu den längst reformbedürftigen und anzupassenden Themen im Koalitionsvertrag, die alle fünf Jahre nur fortgeschrieben werden, statt sie der Zeit und ihren Herausforderungen ständig anzupassen. Man stelle sich vor die Koalition äußert sich bei „Kinder und Jugend“ zum Umgang mit Handys an Schulen? Doch was im Koalitionsvertrag komplett fehlt, ist die Bereitschaft zum Controlling der Maßnahmen, die man zum Wohle der Stadt per Koalitionsvertrag umsetzen möchte. Sonst kann die nächste Legislaturperiode zu fünf Schicksalsjahren von Neu-Isenburg werden.

Lassen Sie mich am Ende dieses Kommentars noch Albert Einstein zitieren, der sagte:

„Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind“

Klaus Reinhardt
Chefredakteur
Neu-Isenburger Extrablatt

Was am Anfang in der „Präambel“ zum Koalitionsvertrag steht:

Zur Wahrung des guten Tons



Die Vertragspartner CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN, sehen das Ergebnis der Kommunalwahl am 15. März 2026 als Auftrag, gemeinsam in der bevorstehenden Legislaturperiode die Politik zu gestalten, Neu-Isenburg mit seinen Ortsteilen zielgerichtet im Rahmen der vorhandenen Ressourcen weiterzuentwickeln und die Folgen der gesellschaftlichen, weltpolitischen und finanziellen Herausforderungen zu bewältigen. Es sollen der urbane Charakter der Stadt gestärkt und die Lebensqualität weiter gesteigert sowie dabei

auch Aspekte der Nachhaltigkeit umgesetzt werden. Als breite Mehrheit der politischen Mitte in der Stadtverordnetenversammlung möchte diese, in der Zusammensetzung für Neu-Isenburg neue, Koalition die politischen Fragestellungen in den nächsten fünf Jahren sachgerecht, pragmatisch und lösungsorientiert angehen und die Stadtentwicklung aktiv gestalten.

In dieser Vereinbarung benennen die Vertragspartner wesentlichen Punkte ihrer zukünftigen Zusammenarbeit. Angesichts der schwierigen Haushalts-

Lage, gilt für sämtliche Vorhaben, Projekte und neue Maßnahmen ein Finanzierungsvorbehalt. Unabhängig von der jeweiligen Haushaltssituation fördern wir von Bund und Land, auch sogenannten „abundanten“ Kommunen, wie der Stadt Neu-Isenburg, z.B. im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs, ausreichende finanzielle Mittel zur Erledigung der eigenen Aufgaben, zur Verfügung zu stellen.

Insbesondere für gesetzlich auferlegte Aufgaben, wie z. B. die Kinder- und Schulkindbetreuung, sind den Kom-

munen, so auch der Stadt Neu-Isenburg, entsprechend des „Konxistitätsprinzips“ ausreichende Finanzmittel bereitzustellen und die Umlagen des Kommunalen Finanzausgleichs in einem noch vertretbaren Maße auszugestalten. Nur so kann die eigene Aufgabenerfüllung der Stadt dauerhaft sichergestellt werden.

Für das gemeinsame Wirken in der Koalition sind ein offener Umgang und gegenseitiger Respekt die gelebte Grundvoraussetzung. Die Vertragspartner wollen und werden verlässlich, sachorientiert und vertrauensvoll zum Wohle der Stadt Neu-Isenburg und ihrer Bürgerinnen und Bürger zusammenarbeiten. Die in diesem Vertrag beschriebenen Sachverhalte wie auch andere Themen oder Probleme werden wir gemeinsam lösen.

Für die CDU
Carlos Gómez
Stadtverbandsvorsitzender
Bettina Blüchardt
Fraktionsvorsitzende

Für die SPD
Michael Adam
Ortsvereinsvorsitzender
Markus Munari
Fraktionsvorsitzender

Für Bündnis 90/Die Grünen
Andrea Finas
Ortsverbandsprecherin
Carolin Zirkel
Fraktionsprecherin
Oliver Gröll
Ortsverbandsprecher
Thorsten Möller
Fraktionsprecher

W Schwarz-Grün setzt seine altbekannte Linie fort, die SPD hält als Steigbügelhalter still und zentrale Projekte werden zugunsten haushaltspolitischer Sparlogik zurechtgestutzt. Eine neue Koalition, die es nicht mal für Notwendig erachtet, sich die Mühe zu machen, einen neuen Koalitionsvertrag aufzusetzen. Stattdessen heißt es copy-paste.

So hieß das Motto der alten Koalition aus CDU-FWG und Grünen im Koalitionsvertrag von 2021 „Neu-Isenburg, eine moderne Stadt - nachhaltig, klimafreundlich und lebenswert gestalten.“. Das Motto des neuen Koalitionsvertrages von CDU, SPD und Grünen zeigt die Kreativität der Verfasser: „Neu-Isenburg, eine moderne Stadt – sozial, nachhaltig, klimafreundlich und lebenswert gestalten.“

Die geneigten Leserinnen und Leser dürfen sich gespannt gefragt haben, ob es die SPD geschafft hat, mehr als nur das eine Wort „sozial“ in die alte Word-Vorlage rein zu verhandeln. So viel sei vorweggenommen, eine klare sozialdemokratische Handschrift lässt sich bis zum Ende nicht erkennen. Besonders schmerzhaft zeigt sich das an der Hugenottenhalle: Statt eines zukunftsweisenden Ausbaus anhand des für viel Geld eingekauften Architektenentwurfes droht eine geschmärlerte, deutlich reduzierte Variante.

Hier hat sich die CDU gegen die zentralen Wahlkampfversprechen sowohl der SPD als auch der Grünen durchgesetzt – ein politisches Menetekel gleich zu Beginn der Legislatur: Der Gestaltungsanspruch wird aufgeopfert, um die Kassenlage zu schonen, obwohl gerade unsere Kulturräte Substanz und Perspektive brauchen. Die Botschaft lautet: Sanieren, aber kleiner, billiger, später – und am Ende wahrscheinlich viel teurer als gedacht.

Den dritten Ort werden wir vermutlich an der HuHa nicht erleben. Deuten sich doch erste Sparmaßnahmen an. Die CDU stellte jüngst eine Anfrage an den Magistrat, wie denn eigentlich die Definition eines Dritten Ortes sei? Eigentlich eine Sache die vor dem Architektenwettbewerb für die HuHa geklärt worden sein sollte. Übrigens diskutieren die Kommunalpolitiker seit nunmehr zehn Jahren über den Fortbestand und die Entwicklung der beliebten Stadthalle.

Hätte man sich 2018 zu Zeiten von Kulturdezernent Theo Weshoven schon für ein Konzept entschieden und das umgesetzt, wären die Kosten vermutlich nur halb so hoch wie heute und die Kredite wären längst abgezahlt. Dass ausgerechnet parallel dazu eines der teuersten Mobilitätsvorhaben weiter forciert werden soll, setzt dem Spagat die Krone auf: Trotz Sparzwängen in allen Bereichen treibt die Koalition die Straßenbahnverlängerung der Linie 17 voran.

Weitere Leistungsphasen für die Planung der Straßenbahn sollen beauftragt werden. Trotz des politischen Gegenwinds aus der Nachbarstadt Langen, wo die Kommunalpolitik keineswegs die Notwendigkeit einer entsprechenden Verlängerung bis Langen sieht. Der Eindruck drängt sich auf, dass dies der Preis der Grünen für ihr Einlenken bei der Hugenottenhalle ist. Wo beim Kulturzentrum der Rotstift regiert, darf beim grünen Prestigeobjekt im ÖPNV der Durchmarsch erfolgen – ein politischer Tauschhandel, der nicht auf Prioritäten, sondern



Florian Obst, auch weiterhin engagiert für seine Heimatstadt

„Fortsetzung statt Aufbruch: Wie Schwarz-Grün ihre alte Agenda fortschreibt – und die SPD den Preis zahlt.“

Von Florian Obst

Die neue Kenia-Koalition (schwarz-rot-grün) verkauft Kontinuität als Tugend, doch was als Stabilität etikettiert wird, ist in Wahrheit das bloße Fortschreiben des Gestern – mit höheren Kosten, schwächeren Zusagen und politischer Wort-Akrobatik zulasten von Familien, Vereinen und Kultur.

auf Machtarithmetik beruht. Ohne die Grünen als verlässlichen Koalitionspartner wäre es für die Union schwer geworden eine tragfähige Koalition zu bilden. Galt eine Koalition mit den Ysenburgern nahezu als Utopie und eine Koalition mit der FDP scheiterte am Koalitionspartner SPD. Während Kultur also schrumpft, wächst der Schienenstrang: Eine Schiefelage, die das Selbstbild der Koalition als ausgewogen und nachhaltig konterkariert.

Besonders bitter für viele Isenburger ist der Blick auf die Familienpolitik. Während im Wahlkampf die Entlastung von Familien als Herzensanliegen von CDU und SPD beschworen wurde, kündigt die Koalition nun das Gegenteil an: Kitagebühren sollen künftig weiter erhöht werden, familienfreundliche Rabattmodelle kommen auf den Prüfstand.

Ein zentrales Versprechen der SPD im Wahlkampf bleibt damit auf der Strecke. Statt Klarheit und Planungssicherheit erhalten Eltern einen Finanzierungsvorbehalt mit Ansage – in einer Lebensphase, in der Verlässlich-

keit mehr zählt als jede Imagekampagne. Wer soziale Teilhabe sichern will, kann nicht bei der frühkindlichen Bildung die Gebühren nach oben drehen und Geschwister-Rabatte relativieren oder gar streichen. Und wie wir mittlerweile wissen, stellt gerade die frühkindliche Bildung im Bereich der Sprachförderung die Weichen für eine gute schulische Zukunft und gelungene Integration.

Städtische Liegenschaften und marode Gebäude sollen über einen beinahe ewigen Zeitraum von zwanzig Jahren saniert werden. Was nach haushälterischer Vernunft klingt, ist in der Praxis eine Einladung zur Kostenexplosion.

Wer Instandhaltung auseinanderzieht und Projekte stückelt, zahlt über zwei Jahrzehnte die Preissteigerungen, verliert Synergieeffekte und riskiert Substanzverluste. Aus notwendiger Erneuerung wird so ein zäher Marathon ohne Zielband. Die Stadt droht als Dauerbaustelle zu enden. Auch die Sportvereine müssen sich auf eine neue finanzielle Realität einstellen, über den Umweg der Kommerzialisierung. Künftig

sollen Vereine Anteile aus den Sponsoringeinnahmen an die Stadt abführen, damit angeblich im Gegenzug die Nutzung der Sportstätten „kostenfrei“ bleiben kann. Beziehungsweise plant die Stadt die Vermarktung der Sportanlagen in eigener Regie. Somit dürfen die Vereine an den Sportstätten keine Werbebanner mehr aufhängen, damit im Gegenzug die Nutzung gebührenfrei bleiben kann.

Das ist nichts anderes als die Einführung von Nutzungsgebühren durch die kalte Küche. Wieder eine Maßnahme entgegen den SPD-Wahlkampfversprechen, die Belastungen für Vereine vermeiden wollte. Im Koalitionsvokabular heißt das „Partnerschaft“ – in der Vereinsrealität ist es ein schleichernder Abfluss dringend benötigter Mittel.

Der Blick auf die fiskalische Großwetterlage rundet das Bild ab: Die Steuersätze werden auf die Höhe der sogenannten Nivellierungshebesätze des Landes Hessen angehoben – eine umfassende Steuererhöhung, die sich auch mit jeder Anpassung der Landesvorgaben wiederholen dürfte. Das

steht in scharfem Kontrast zu den Versprechen der CDU, keine Steuern erhöhen zu wollen und trifft Untermehnen, Bürgerinnen und Bürger bei Gewerbesteuer und Grundsteuer. Wer den Bürgerinnen und Bürgern Stabilität verspricht, kann nicht zugleich die Abgabenlast erhöhen und es als „Harmonisierung“ verkaufen. Hier offenbart sich das Grundmuster der Koalition: Wohlklingende Überschriften, die im Kleingedruckten dann das Gegenteil bedeuten.

Am deutlichsten wird die Schiefelage aus Vertragswerk und Realität an der Hugenottenhalle sichtbar. Der vorliegende Architektenentwurf, der in Qualität, Nachhaltigkeit und städtebaulichem Anspruch eine echte Perspektive geboten hätte, wird beiseitegeschoben. Stattdessen soll die umbaute Fläche verringert, der Funktionsumfang reduziert, die Wiedereröffnung beschleunigt – und damit der Investitionsbedarf kleingeredet werden.

Diese „Sanierung light“ mag kurzfristig Haushaltszahlen schönen, langfristig aber verschleißt sie kulturelle Substanz. Die Stadt riskiert, am Ende mehr zu bezahlen für weniger Qualität. Eine energetische Sanierung von Gebäudehülle, Brandschutz und Gebäudetechnik, birgt zahllose Kostenfallen und das Risiko in einem 70er Jahre-Gebäude während der Sanierung auf massive Altlasten wie Asbest zu stoßen.

Am Ende steht eine teuer-sanierte 70er Jahre Halle, mit veraltetem und nicht-barrierefreiem Bühnenbereich, der im Vergleich mit der Konkurrenz im Umkreis nicht an Attraktivität für moderne Kulturangebote gewonnen hat und trotzdem teuer war. Ganz zu schweigen von der Verschiebung im Projektplan. Neue Planung kostet nicht nur Zeit, sondern auch Geld. Sowohl für die Fachplaner, als auch durch weitere steigende Baukosten.

Unter dem Strich steht ein Koalitionsvertrag, der vieles behauptet und wenig bindet. Familien bezahlen durch steigende Kita- und Betreuungsgebühren, Vereine über den Umweg von Werbeanteilen, die Bürgerinnen und Bürger, sowie die Unternehmen über höhere Steuersätze. Die Kultur wird zurechtgestutzt, Liegenschaften werden auf Jahrzehnte verpachtet, während die beiden Prestigeobjekte Regionaltangente West und Straßenbahn Linie 17 bis Langen weiterrollen sollen.

Alle Parteien haben zentrale Versprechen nicht durchgesetzt, die Grünen ihren Preis im Verkehrsbereich bekommen, die CDU ihre Sparmaxime im Kulturbereich und die SPD? Die SPD darf endlich am Tisch der Macht-habenden platznehmen. Herausgekommen ist kein Zukunftspakt, sondern ein Stillstands Kompromiss mit hohem Preisschild für die Allgemeinheit.

Wer Erneuerung wollte, erhält Verwaltung des Mangels. Wer Verlässlichkeit erwartet, findet Finanzierungsvorbehalte. Und wer auf ein klares Bekenntnis zu Kultur, Sicherheit und sozialer Entlastung hoffte, blickt auf ein Dokument der vertagten Entscheidungen. Die Koalition verspricht Stabilität, liefert aber nur Stagnation. Und sie tut es auf Kosten derer, die am wenigsten Spielräume haben: Familien, Ehrenamtliche, Kultuschaffende. Neu-Isenburg braucht eine Politik, die Prioritäten setzt, sie finanziell hinterlegt, zeitnah umsetzt. Stattdessen bekommt es eine Agenda, die den Koalitionspartnern genügt, aber Kosten und Umsetzungen an die Zukunft weiterreicht.

Auch in Neu-Isenburg zu Hause:

85 Jahre Hankook: Vom koreanischen Pionier zu einem weltweit führenden Reifenhersteller



Hankook Europazentrale in Neu-Isenburg

Neu-Isenburg/Deutschland, 1.6.2026 – 85 Jahre Innovation, Qualität und Wachstum: Premium-Reifenhersteller Hankook feiert Firmenjubiläum. Was 1941 in Korea als kleines Industrieunternehmen unter dem Namen „Chosun Daiya Industrial“ begann, ist heute einer der weltweit führenden Reifenhersteller – mit acht Produktionsstandorten auf fünf Kontinenten, ca. 20.000 Mitarbeitern und einer Präsenz in mehr als 160 Ländern. Zu Hankook gehören heute sieben regionale Firmenzentralen (in Neu-Isenburg ist die Europazentrale), fünf Entwicklungszentren, 39 lokale Niederlassungen.

Führende Automobilhersteller setzen auf Hankook

85 Jahre technologische Entwicklung haben Hankook zu einem gefragten Reifenpartner für die Erstausrüstung gemacht. Aktuell unterhält das Unternehmen weltweit 50 OEM-Partnerschaften mit führenden Automobilherstellern – viele davon in Europa. Im Jubiläumsjahr erhielt Hankook eine

besondere Anerkennung: Das Fachmagazin „Auto Bild“ kürte Hankook in der Kategorie Sommerreifen zum „Top-Hersteller 2026“ auf Basis der hervorragenden Ergebnisse in mehreren Reifentests.

Motorsport-Partner auf großer Bühne

Auch im Motorsport spielt Hankook eine bedeutende Rolle. Als exklusiver Reifenlieferant und offizieller technischer Partner der ABB FIA Formula E World Championship demonstriert Hankook, dass Hochleistung und Nachhaltigkeit kein Widerspruch sind. Seit 2025 liefert Hankook zudem als exklusiver Partner die Reifen für eine weitere FIA-Weltmeisterschaft, nämlich für die FIA World Rally Championship (WRC).

Hinzu kommt die Rolle als technischer Partner und exklusiver Reifenlieferant der Lamborghini Super Trofeo Series. Seit Beginn des Jahres unterstreicht Hankook seine strategische Bedeutung

im internationalen Motorsport darüber hinaus als Global Partner der FIA und vertieft damit seine enge Zusammenarbeit mit dem Weltverband. Gemeinsames Ziel ist es, Innovation, Nachhaltigkeit und Sicherheit in den Bereichen Motorsport und zukünftiger Mobilität zu fördern.

Nachhaltigkeit als Wachstumsmotor

Das Jubiläumsjahr steht bei Hankook auch für Fortschritte auf dem Weg zu einer nachhaltigeren Mobilität der Zukunft. 2025 erhielt das Unternehmen zum zweiten Mal in Folge die höchste Bewertung „A“ in der Kategorie „Klimawandel“ im Leadership-Rating Carbon Disclosure Project (CDP).

Mit dem iON GT brachte Hankook 2024 den ersten EV-Reifen mit einem Dreifach-A-Rating des EU-Reifenlabels auf den Markt – bestehend aus bis zu 77% ISCC PLUS-zertifizierten nachhaltigen Rohstoffen. Das Ziel „Net Zero bis 2050“ im Einklang mit der Science Based Targets initiative.

Ein Rekordgeschäftsjahr als Basis

Die Stärke von Hankook im Jubiläumsjahr basiert auf einem soliden Fundament: 2025 erzielte Hankook auf Konzernebene einen Umsatz von ca. 13.189,8 Mio. Euro und einen operativen Gewinn ca. 1.146,2 Mio. Euro. Im Reifengeschäft belief sich der Umsatz auf ca. 6.419,2 Mio. Euro, ein Plus von 9,6 Prozent gegenüber dem Vorjahresergebnis. Damit überschritt Hankook seit seiner Gründung erstmals die Marke von 10 Billionen KRW (Südkoreanische Währung) im Jahresumsatz.

Konsequente Weiterentwicklung am Standort Europa

Hankook beschäftigt in Europa derzeit knapp 4.000 Mitarbeiter und erzielt hier rund 45% seines Gesamtumsatzes. Seit 2007 produziert Hankook in Europa und setzte im Februar 2025 den Spatenstich für die Erweiterung des ungarischen Werks. Bis 2027 entsteht eine neue Produktionslinie für Lkw- und Busreifen mit einer Kapazität von 800.000 Einheiten p.a. Das Gesamtinvestitionsvolumen beträgt ca. 540 Millionen Euro und schafft 450 zusätzliche Arbeitsplätze am Standort.

Neues von „FRA02“ Rechenzentrum Neu-Isenburg

Stadt feiert Meilenstein

Es geht um die Lieferung der Leistungstransformatoren für die Umspannstation, die den Übergang von Rohbauarbeiten zur Installation der technischen Systeme für die Stromversorgung des „FRA02“ Rechenzentrums markiert. Es ist Goodmans erstes Rechenzentrumsprojekt in Neu-Isenburg.



Im Rahmen des Vertrags hat sich Goodman verpflichtet die im Rechenzentrum entstehende Abwärme in das lokale Fernwärmenetz der SWNI einzuspeisen. Dies wird durch den Betrieb des Rechenzentrums erzeugte Wärme in die künftige Wärmenetzinfrastruktur leiten und den Bürgern direkt zugutekommen.

Ehemaliges Gelände der Frankfurter Rundschau

Dirk Gene Hagestein, Bürgermeister von Neu-Isenburg, sagte: „Was wir hier erleben, ist mehr als ein Meilenstein eines Bauprojekts – es ist Teil der digitalen Zukunft von Neu-Isenburg. Frankfurt und die gesamte Region spielen eine zentrale Rolle in der europäischen digitalen Infrastruktur, und das bringt Verantwortung mit sich – die richtigen Investitionen anzuziehen, Rahmenbedingungen zu schaffen und einen nachhaltigen Nutzen für unsere Gemeinschaft zu erzielen.“

Diese Vision spiegelt sich in dem Vertrag wider, den wir mit Goodman für den Bau dieses Rechenzentrums hier geschlossen haben. Dies Projekt wird Arbeitsplätze und Investitionen generieren sowie durch die Integration von Abwärme in das lokale Wärmenetz einen direkten Nutzen schaffen.“

Das Projekt wird durch erhebliche Investitionen in das umliegende Energienetz der Energieversorgung Offenbach AG (EVO) unterstützt, dem regionalen Netzbetreiber, der für Strom- und Fernwärmeverteilung in der Region Offenbach zuständig ist.

„Mit der Ertüchtigung unseres Hochspannungsnetzes sichern wir die Versorgung von 500.000 Bürgern und 34.000 Unternehmen mit Strom und schaffen Kapazitäten, von denen die gesamte Region profitiert. Ohne ein leistungsfähiges Netz ist kein Betrieb von Wälzboxen oder Wärmepumpen denkbar; gleiches gilt für die Einspeisung von Strom über Photovoltaikanlagen. Nicht zuletzt schaffen wir mit unserem Zukunftsnetz die Grundlagen für den Betrieb von Rechenzentren wie FRA02“, so die EVO. Dieser Meilenstein verdient gefeiert zu werden.

Viridium Gruppe: Geschäftsjahr 2025 operativ und finanziell erfolgreich

Von Klaus Reinhardt

Viridium Gruppe, Deutschlands führender Bestandsspezialist für Lebensversicherungen blickt erneut auf ein operativ wie finanziell sehr erfolgreiches Geschäftsjahr 2025 zurück. Das cash-wirksame Gruppenergebnis nach Steuern – der zentrale Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Viridium Gruppe – belief sich auf 366 Millionen Euro.



Tilo Dresig, CEO Viridium Gruppe

„Dieses Ergebnis zeigt einmal mehr die Stärke unseres Geschäftsmodells und die finanzielle Stabilität unserer Gruppe. Unser wirtschaftlicher Erfolg schafft messbaren Mehrwert für unsere Kundinnen und Kunden durch hohe Rückstellungen für Beitragsrückstellungen und steigende Mindestverzinsungen.“ sagt Tilo Dresig, CEO der Viridium Gruppe. „Mit unserem erfolgreich etablierten Geschäftsmodell und unserer neuen, langfristig ausgerichteten Eigentümerstruktur werden wir auch in Zukunft als Partner für

Lebensversicherer, die ihre Bestände abgeben wollen, einen wichtigen Beitrag zur strategischen Neuaufstellung und Wettbewerbsfähigkeit der Branche leisten.“

462 Mio. Euro an Rückstellungen

Das hat Viridium an Rückstellungen für Beitragsrückstellungen (RfB) im Geschäftsjahr 2025 erwirtschaftet und damit annähernd das sehr hohe Niveau des Vorjahres erreicht (2024: 509 Mio. Euro). Die Überschussbeteiligung für Kundinnen und Kunden der Proxalto Lebensversicherung und Entis Lebensversicherung, konnte für 2026 zum dritten Mal in Folge gesteigert werden.

Die Proxalto Lebensversicherung hat die laufende Mindestverzinsung um 0,1 Prozentpunkte auf 2,7 Prozent erhöht. Das ist mit Abstand die größte Verbesserung im gesamten deutschen Markt über die letzten drei Jahre. Die Entis Lebensversicherung hat den Wert ab 2026 nochmals um 0,05 Prozentpunkte auf 3,4 Prozent erhöht und liegt in der Markt-Spitzengruppe.

Das Stückstorno lag auf Gruppenebene bei 1,6 Prozent, damit so niedrig wie noch nie zuvor. Die Stornoquote liegt damit deutlich unter dem Marktdurchschnitt von 2,9 Prozent, ein klares Zeichen für die Zufriedenheit.



Zum Jahresende 2025 verwaltete die Viridium Gruppe 3,1 Millionen Verträge und Kapitalanlagen in Höhe von rund 67 Milliarden Euro. Diese Entwicklung entspricht dem Profil der Lebensversicherungsbestände der Viridium Gruppe, die zu den fünf größten Lebensversicherungsgruppen im deutschen Markt zählt.

Top-Unternehmen im Standortranking

„Die Deutsche Wirtschaft DDW“ analysiert jährlich Städte nach ihrer Bedeutung als Standort für Unternehmen und gewichtet sie nach der Anzahl von wichtigen Unternehmen vor Ort. Neu-Isenburg liegt bei Top-Unternehmen deutschlandweit auf Rang 51 von insgesamt 4.041 bewerteten Städten.

Von 2023 - 2025 belegte die Viridium Gruppe Rang 1 als bedeutendstes Unternehmen am Standort Neu-Isenburg. Hierfür verlieh die Wirtschaftsinitiative Neu-Isenburg, dem Unternehmen mit Sitz in der Dornhofstraße 36, die Auszeichnung für 3x Rang 1: Top-Unternehmen am Standort Neu-Isenburg.

Von der Holzmann AG zur Göttin Salus – und wie geht's weiter?

Betriebskrankenkasse im Wandel



Seit 1998 ist die Salus BKK in Neu-Isenburg zu Hause und konnte im letzten Jahr auf 130 Jahre Firmengeschichte blicken. Gegründet als Betriebskrankenkasse für Philipp Holzmann AG, ist sie heute eine etablierte bundesweit geöffnete Krankenkasse, mit über 300 Mitarbeitenden an 15 Standorten und über 170.000 Versicherten und zählt zu den bundesweit 25 größten Betriebskrankenkassen.

Fusion mit BIG direkt angekündigt

Im September 2025 verkündet Salus BKK die Fusion mit BIG direkt. Mit diesem Zusammenschluss sollen zwei solide Kassen ihre Stärken bündeln und den Grundstein legen, auch künftig eine erfolgreiche und zukunftsfähige Krankenkasse zu sein. Der Hintergrund sind die gestiegenen Herausforderungen, den sich die gesetzlichen Krankenkassen gegenübersehen: steigender Kostendruck, zunehmende Digitalisierung sowie Anforderungen an Digitalisierung und Cybersicherheit. Die geplante Fusion soll ein konsequenter Schritt in Zukunftsfähigkeit sein.

gelder Kostendruck, zunehmende Digitalisierung sowie Anforderungen an Digitalisierung und Cybersicherheit. Die geplante Fusion soll ein konsequenter Schritt in Zukunftsfähigkeit sein.

Fusion wieder aufgekündigt

Dann im letzten Monat überraschend – der geschlossene Kooperationsvertrag wird nicht weiterverfolgt! Es fand eine umfassende Prüfung zu Finanzen und Zukunftsfähigkeit beider Häuser, statt um Synergien und zu erwartende Vorteile beider Krankenkassen zu identifizieren. Werte, die der Salus BKK auch für die Zukunft wichtig sind: ein attraktives Preis-Leistungsverhältnis, eine schnelle, kundennahe und persönliche Bearbeitung der Anliegen von Versicherten. Diese Werte hätten auch bei einer Fusion standhalten müssen. Lesen Sie im nächsten Extrablatt: so geht's weiter mit der Salus BKK.

Wenn die Kreisverwaltung plötzlich mit einem KI-Klon auf Sendung geht!

Landkreis Darmstadt-Dieburg



Lisa Lange und Stefan Weber arbeiten viel mit der KI

Künstliche Intelligenz ist in aller Munde und erzeugt meist ein Gefühl zwischen Faszination und Grusel. Doch was bedeutet das ganz praktisch für eine Kreisverwaltung? Der Landkreis Darmstadt-Dieburg (LaDaDi) zeigt es mit einem neuen und innovativen KI-gestützten Nachrichtenformat.

LaDaDi KOMPAKT ist eine kurze Videonachrichtensendung des Landkreises. Sie erscheint regelmäßig auf den Social-Media-Kanälen, vor allem auf Instagram und YouTube. In wenigen Minuten erfahren Bürgerinnen und Bürger dort, was im Landkreis wichtig ist: neue Angebote, Hinweise aus der Verwaltung, Veranstaltungen, Projekte oder aktuelle Informationen.

Das Besondere daran ist der Weg, auf dem die Sendung entsteht. Grundlage sind die allgemeinen Presseinformationen und der Newsletter des Landkreises. Die Texte werden mithilfe eines speziell entwickelten GPT-Skripts gekürzt und verständlicher gemacht.

GPT ist eine Form von Künstlicher Intelligenz, die Sprache verarbeiten kann. Man kann sich das vereinfacht wie einen sehr schnellen Textassistenten vorstellen. Er ersetzt aber nicht die Menschen in der Verwaltung. Die Inhalte werden weiterhin geprüft, ausgewählt und freigegeben. Die Verantwortung bleibt also beim Menschen. Anschließend wird der fertige Text von einem digitalen Nachrichtensprecher vorgelesen. Der sogenannte Avatar sieht aus wie eine echte Person und spricht mit einer echten Stimme. Auch das klingt zunächst ungewohnt. Deshalb legt der Landkreis großen Wert darauf, offen zu erklären, wie das Format funktioniert.

Warum ein Avatar?

Ein Avatar ist eine künstlich erzeugte Darstellung des Menschen. Bei LaDaDi KOMPAKT stehen echte Mitarbeitende der Kreisverwaltung Modell. Gesicht und Stimme werden also nicht heimlich verwendet, sondern bewusst und mit Zustimmung eingesetzt.

Der Vorteil: Eine kurze Nachrichtensendung kann sehr schnell produziert werden. In etwa 30 Minuten wird aus vorhandenen Informationen ein sendefertiges Video. Für eine Verwaltung mit vielen Themen und begrenzten Ressourcen, ist das ein großer Schritt. Informationen können bündig, verständlich und zeitgemäß aufbereitet werden.

Lisa Lange aus der Landkreis-Kommunikation beschreibt den Ansatz so: „Digitalisierung und KI sind für uns kein Selbstzweck. Entscheidend ist, dass sie uns dabei helfen, verständlicher, schneller und näher an den Menschen zu kommunizieren.“ Genau darum geht es bei LaDaDi KOMPAKT: nicht um Technik um der Technik willen, sondern um bessere Informationsvermittlung.

Verständlich bleiben, Vertrauen schaffen

Gerade für Menschen, die nicht täglich mit neuen digitalen Anwendungen arbeiten, ist Transparenz wichtig. Der Landkreis zeigt deshalb auch in einem Making-of-Video, wie die Sendung entsteht. So wird deutlich: Hier soll niemand getäuscht werden. Im Gegenteil, der Einsatz von KI wird sichtbar gemacht und erklärt. Das ist besonders wichtig, weil dieselbe Technik auch missbraucht werden kann. Stimmen und Gesichter lassen sich täuschend echt nachahmen. Darum braucht es klare Regeln.

Stefan Weber aus der Landkreis-Kommunikation bringt es auf den Punkt: „Wir wissen, dass solche Technologien auch Fragen aufwerfen. Deshalb geht es uns nicht nur darum, KI zu nutzen, sondern auch darum, sie erklärbar zu machen und kritisch über

Aus dem Inhalt

„Der Schritt in die ästhetische Medizin war bei Weitem nicht geplant. [...] Im Studium ging es fast ausschließlich um Pathologie. Nie aber darum, wie Medizin Menschen mitten in ihrem Leben abholen und sie begleiten kann. Es ging also gar nicht darum, Botox in eine Stirn zu spritzen oder sich mit Injektionstechniken im Gesicht auseinanderzusetzen. Das war nur Oberfläche. Dahinter lag eine andere Dimension von Gesundheit, die in meinem bisherigen Verständnis von Medizin als Überlebenssystem gar nicht vorgesehen war. [...]“

In der ästhetischen Medizin hilft mir meine Erfahrung als Notfallmedizinerin. Da muss ich in Sekunden erfassen, was passiert und wer Hilfe braucht oder wer gefährdet ist. Dieses trainierte Sensorium ist für meine Praxis enorm wertvoll. Wenn eine Patientin hereinkommt, spüre ich sie sofort. Ich rieche ihre Haare, sehe ihre Schuhe, nehme wahr, wie sie sich bewegt, wie sich ihre Haut anfühlt, wenn ich sie berühre. Es ist, als würde sich alles gleichzeitig melden: Spannung, Unsicherheit, Hoffnung.“

Westend Verlag GmbH
Waldstraße 12a
63263 Neu-Isenburg
T 069 2475018-10
F 069 2475018-20
www.westendverlag.de

Ein Blick in die Zukunft

Chancen und Risiken zu sprechen.“ Für LaDaDi KOMPAKT bedeutet das: keine heimliche Manipulation, keine sensiblen Daten, keine politische Inszenierung durch künstliche Klone.

Ausgezeichnet mit dem DIGITAL-Award 2025

Dass dieser verantwortungsvolle Ansatz Beachtung findet, zeigt der Erfolg beim DIGITAL-Award 2025. In der Kategorie „Landkreise, Ministerien und sonstige Behörden“ gewann die Kreisverwaltung mit LaDaDi KOMPAKT den ersten Platz, denn das Konzept geht weit hinaus über eine Videonachrichtensendung mit begrenzter lokaler Relevanz.

„Im Grunde hat unser Team eine Blaupause für die Einführung von KI in Unternehmen und Behörden geschaffen“, sagt Stefan Weber. „Nachahmer sind ausdrücklich willkommen, je schneller wir uns beim Thema KI gegenseitig aufschlauern, umso besser.“

Tatsächlich sind die KI-gestützten Videonachrichten auch ein Lernprojekt für die Verwaltung selbst. Mitarbeitende setzen sich mit Künstlicher Intelligenz auseinander, lernen Chancen und Risiken kennen und überlegen, wo solche Werkzeuge sinnvoll helfen können: bei Erklärvideos, Übersetzungen, Schulungen oder der Recherche.

Für Bürgerinnen und Bürger bleibt am Ende vor allem eines wichtig: Sie sollen verlässliche Informationen bekommen, verständlich erklärt und leicht zugänglich. Wenn Künstliche Intelligenz dabei hilft, ohne den Menschen aus der Verantwortung zu nehmen, kann sie ein Gewinn sein. Oder, wie Lisa Lange es formuliert: „Technologie kann unsere Kommunikation einfacher und schneller machen. Wichtig ist aber, dass sie menschlich bleibt – auch im digitalen Raum.“

Weitere Informationen:
ladadi.de/kompakt

Zurück nach 150 Jahren: Das Hugenottenrathaus!

Im September auf dem Marktplatz zu sehen



Das Hugenottenrathaus war der „Point de Vue“ der Hugenottensiedlung und wurde bald nach der Errichtung ein Symbol für eine frühe Form demokratisch-ähnlicher Strukturen und gemeindlicher Organisation. Schon bald erreichte es eine enorme Strahlkraft weit über die Grenzen hinaus. Es zog Menschen an, die sich persönliches Fortkommen, Selbstbestimmung, Asyl und wirtschaftlichen Erfolg versprachen.

September 1876, das Hugenottenrathaus wurde wegen Bau-fälligkeit sowie einem neuen Nationalgefühl (Gründung Deutsches Reich 1871) und nach jahrelangen Debatten, für 431,50 Mark versteigert und abgebrochen. Die Einnahmen sind im Gemeindebuch von damals verzeichnet. Der Bauschutt wurde in der Offenbacher Straße Nr. 57/59 verbaut: so geschehen vor 150 Jahren.

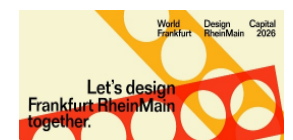


Im letzten Jahr wurde das Hugenottenrathaus „postum“ als Ort deutscher Demokratiegeschichte ausgezeichnet. Die gleichnamige Stiftung verließ die Plakette im September letzten Jahres am Tag des offenen Denkmals der Stadt und den Initiatoren.

Auf dem Marktplatz der einstigen Hugenottensiedlung Neu-Isenburg, wird wieder das Symbol der damaligen Demokratiebewegung – die 1:1 Skulptur vom Hugenottenrathaus stehen. Dank der Zuwendung aus Mitteln der Stiftung Orte der Demokratiegeschichte ist dies möglich Vom 12. 09. - 19.09. dort zu erleben und soll Auslöser zur Frage werden: warum ist der Marktplatz seit 150 Jahren ein toter Ort und wie soll er in Zukunft gestaltet werden?

Erbaut wurde das Hugenottenrathaus 1702 – gleich nach der Gründung der Fluchtlingssiedlung. Seine Abmessungen hat Andreas Löber, der Baumeister von Graf Johann Philipp, auf der Grundlager des Goldenen Schnitts mit dem Platzdurchmesser, dem Brunnen und mit der umgebenden Bebauung sorgfältig abgestimmt. Die Breite des Gebäudes betrug 7,06 m, seine Höhe 9,18 m, die Höhe des Uhrtürmchens 5,78 m – es war ein zierliches Bauwerk, das in seiner unverwechselbaren Gestalt und Harmonie, nichts vergleichbares hatte und hat.

Graf Johann Philipp zu Ysenburg, der mit 30 geflüchteten Hugenottenfamilien, die Siedlung 1699 gründete und nach seinem Grundriss erbauen ließ, hat auf eigene Kosten auf dem Marktplatz über dem Brunnen ein Rathaus errichtet, damit die Hugenotten ihre Angelegenheiten in Selbstverwaltung regeln konnten. Hier wurden Sitzungen abgehalten und durch vom Volk gewählte Schöffen Recht gesprochen.



W Neues von Westend

Erwartung, Hoffnung, Ängste – das ist das Spannungsfeld in dem sich die Ärztin Dr. Sophia Wilk-Vollmann bewegt, und zwar als Notfallärztin und Soldatin in internationalen Einsätzen sowie als ästhetische Medizinerin in ihrer Praxis in Berlin. In Mali und Afghanistan hat sie Menschen geholfen, die traumatische Erlebnisse durchlebt haben und nicht mehr in der eigenen Haut stecken möchten.

In der Berliner Praxis betreut sie Patienten oft über Jahre und nimmt so teil an deren Leben. In Buch „Kampfbzonen. Eine Militärärztin zwischen Krieg, Körper und Schönheit“ hinterfragt Sophia Wilk-Vollmann gängige Schönheitsideale und kämpft gegen die Stigmatisierung von jenen, die sich für ästhetische Behandlungen entscheiden. Mit Offenheit, Präzision und Tiefe schildert sie die eindrücklichen Geschichten ihrer Patienten, vom stereotypen Alphanämannchen bis hin zur genderfluiden Transperson.

Sophia Wilk-Vollmann studierte von 2010 bis 2016 Medizin in Jena und promovierte anschließend. Seit 2016 arbeitet sie als Ärztin am Bundeswehrkrankenhaus Berlin und ist dort heute als Oberärztin in der Notfallmedizin tätig. Parallel forscht sie auch zur Notfall- und Katastrophenmedizin.



Das Buch erscheint am 22. Juni

Darüber hinaus gründete sie ein Unternehmen für diskriminierungssensible Lehre in der ästhetischen Medizin. Ihre Erfahrungen bei der Bundeswehr als Offizierin und Ärztin unter anderem in Südafrika, Mali und Afghanistan haben sie nachhaltig geprägt.

2019 eröffnete sie ihre Praxis für minimalinvasive ästhetische Medizin, in der sie sich für Selbstbestimmung und mehr Diversität in der ästhetischen Medizin einsetzt.

Impressum: Das Neu-Isenburger Extrablatt ist eine monatliche Themenzeitung für Neu-Isenburg. Sie erscheint zum Thema Stadtentwicklung im Umfang von 12 Seiten. Druck: pnp Druck die Hybrid-Spezialisten, Passau. Vertrieb: Deutsche Post. Herausgeber und Chefredakteur: Klaus Reinhardt. Online-Redaktion und Fotos: Alexander Jungmann, Illustration: Torsten von Juterzenka. Kooperationspartner: Arbeitsgemeinschaft Stadtmarketing, Facebook Neu-Isenburger Extrablatt. Telefon: 06102 – 8394757 E-Mail: isenburger-extrablatt@outlook.de